Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 6,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 1580, 1582, 1583 — Geschäftsstelle: Lützow 3248
Postscheckkonto: Berlin 25132.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 50 Pf. für die sechsgespaltene Raßzeile und von 2,— Mark für die viergespaltene Markreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 327. [57. Jahrgang.] Dienstag den 13. November 1917. Morgen-Ausgabe. [57. Jahrgang.] Nr. 327.

Die Bolschewiki und ihre Gegner.

Amsterdam, 12. November. Nach einer Meldung des „Handelsblad" aus London, beginnt die Petersburger Garnison, die zuerst ganz für die Bolschewiki war, jetzt, wo organisierte Streitkräfte unter Kerenski sich der Hauptstadt nähern, zu schwanken. Nach Berichten aus dem Dongebiet hat Kaledin zeitweilig die Regierungsgewalt in dem Kosakengebiet übernommen, bis die Regierungsfrage geregelt ist. — Nach einer Meldung des „Daily Chronicle" ist Petersburg ruhig, aber die Lebensmittelversorgung sehr schlecht. Es sind nur Vorräte für zwei Tage vorhanden.

Amsterdam, 12. November. Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times" aus Petersburg vom 10. November gemeldet:

Kerenski ist am Mittwoch in Luga angekommen, wo die Garnison die Partei der Vorläufigen Regierung wählte. Am Freitag kam Kerenski in Gatschina an, dessen Garnison dasselbe tat. Außerdem verlaute, daß sich regierungstreue Truppen in der Umgebung von Petersburg aufhalten und daß eine Division Kosaken von Finnland anrückt. Ein Mitglied des revolutionären Militärausschusses machte im Kongreß der Sowjets im Smolnyinstitut hiervon Mitteilung und fügte hinzu: „Wir werden nichts unversucht lassen, um Blutvergießen zu vermeiden." Der Eisenbahnerverband, der bisher nach den Instruktionen Lenins handelte, ist jetzt ganz auf die Seite des öffentlichen Wohlfahrtsausschusses übergegangen und hat erklärt, daß er den Befehlen der Extremisten nicht länger gehorchen würde. Das ist ein schwerer Schlag für die extremistische Bewegung, der jetzt auch die Post- und Telegraphenbeamten die Gefolgschaft verweigern. Der Verband der Staatsbeamten hat seinen Mitgliedern in sechzehn Regierungsämtern den Auftrag erteilt, die Arbeit niederzulegen, um dadurch Lenin und seinen Anhängern ihr Amt zu erschweren. Die Staatsbeamten haben sich dem öffentlichen Wohlfahrtsausschuß zur Verfügung gestellt. Ferner wird berichtet, daß der größte Teil der Garnison Moskaus sich für die Vorläufige Regierung erklärte, nachdem es im Kreml zu einem Gefecht mit Anhängern der Extremisten gekommen war. Kornilow ist aus dem Gefängnis geflüchtet und in Moskau angekommen. Es heißt, daß Rodzianko dort eine Regierung bilden wird. Auf Verlangen des Kosakengenerals Kaledin hat Kornilow sich selbst zum Hetman aller Kosaken erklärt. Alle gemäßigten Sozialisten haben das Smolnyinstitut verlassen und sich im Stadthause dem öffentlichen Wohlfahrtsausschuß angeschlossen, an dessen Spitze der Bürgermeister von Petersburg, Schröder, steht.

Stockholm, 12. November. Nach einem Telegramm aus Haparanda an „Svenska Dagbladet" erstreckt sich die Herrschaft der Bolschewiki bisher bloß auf Petersburg, Kronstadt und Helsingfors, während in Moskau Rodzianko und Kornilow eine Gegenregierung zu bilden versuchten. Wie „Novaja Shisn" mitteilt, hat das Zentralkomitee der vereinigten Sozialdemokraten beschlossen, eine einheitliche sozialistische Regierung zu bilden, wobei die Bolschewiki jedoch ausgeschlossen sein sollen, gegen diese will man vielmehr einen unbarmherzigen Kampf einleiten. Die Menschewiki, die diesen Vorschlag unterstützen, haben die Frage erörtert, ob sie sich von Petersburg entfernen sollen, und sind bereit, an die Front zu gehen, um dort eine demokratische Sammelregierung zu bilden. Kerenski ist bereits an der Front. Die finnische Zeitung „Huvudstadsbladet" berichtet, daß am Donnerstag die Ententebotschafter in Petersburg eine Konferenz abhielten, deren Beschlüsse jedoch geheimgehalten wurden. Doch soll man sich den Ereignissen in Rußland gegenüber zunächst zu einer abwartenden Haltung entschlossen haben. Es ist allgemein bekannt, daß die weitere Entwicklung der Lage zu ernsten Maßnahmen von seiten der Alliierten führen wird. Nach „Novaja Shisn" sollen die Ententevertreter beschlossen haben, die Bolschewikiregierung nicht anzuerkennen.

• • •

Interessante Aufschlüsse über die Wertung, die den Aussichten der Maximalistenerhebung von der Gegenseite in Rußland selbst zugemessen wird, gibt eine Aeußerung des Generals Werchowsky gegenüber einem Mitarbeiter der „Birshewija Wjedomosti". Der General erklärte unterm 30. v. M.:

Ich halte die Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch der Bolschewiki für außerordentlich ernst und durchaus der augenblicklichen allgemeinen Stimmung der breiten Volksmassen entsprechend. Wenn wir Gebildeten an einem Ausweg aus der Sackgasse verzweifeln, in die Rußland geraten ist, was soll man dann von den Volksmassen erwarten, die sich von allen Vorgängen keine klare Rechenschaft geben? Ein Interesse an anarchistischen Umtrieben haben vor allem zwei Gruppen: unsere Feinde und ihre Agenten in Rußland einerseits und die äußersten rechten Parteien andererseits; denn diese hoffen auf dem Wege über die Anarchie zu einem Napoleon zu gelangen. Die Bolschewiki dürften jedoch nicht mit den Anarchisten verwechselt werden. Bekanntlich haben die offiziellen Führer der Bolschewiki erklärt, daß sie gegen einen Putsch sind, und ich nehme an, daß diese Erklärung aufrichtig war.

Ueber das Friedensangebot der neuen russischen Regierung liegt bisher aus dem Ententelager nur eine Auslassung des „Temps" vor, die auf eine glatte Ablehnung hinausläuft. Wir erhalten darüber folgende Mitteilung:

• • •

Paris, 11. November. (Havasmeldung.) „Temps" schreibt:

Mit Bestimmung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben die Maximalisten von Petersburg den Kunstangriff versucht, den wir erwarteten: Sie schlagen allen Kriegführenden vor, über den Frieden zu verhandeln und inzwischen einen dreimonatigen Waffenstillstand zu schließen. Die deutschen Blätter haben sich beeilt, diese Tatsache zu veröffentlichen, und das „Fremdenblatt" bespricht sie scheinbar ernsthaft, als wenn sie das Werk einer wirklichen Regierung wäre. Dadurch zeigt der Feind, was er von der Anregung Lenins und seiner Helfershelfer erwartet: Er denkt weder daran, ernsthafte Verhandlungen zu beginnen, die ihn zwingen würden, seine Bedingungen bekannt zu geben, noch auch nur einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen, in dessen Namen zu sprechen die Maximalistenbande ja nicht in der Lage ist. Der Feind sucht ganz einfach bei den Völkern der Entente eine Volksbewegung hervorzurufen, welche den Kämpfern die Waffen aus der Hand nehmen würde. Der Schritt des Arbeiter- und Soldatenrates ist nichts als eines der Mittel, mit denen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihr Spiel zu machen suchen. Die Bevölkerung Frankreichs wird diesen Betrügereien die Ruhe der Verachtung entgegenstellen. Die Maximalisten von Petersburg haben nichts von einer Regierung und nicht viel Russisches an sich; wenn es Deutschland und Oesterreich-Ungarn paßt, sie als russische Regierung hinzustellen und mit Würde vorzuschlagen, daß man mit ihnen verhandle, so haben wir die besten Gründe der Welt, uns durch solche Maskerade nicht überteilen zu lassen. Wir werden den Frieden nicht in einer Räuberhöhle abschließen.

Die polnischen Organisationen in Rußland.

Der Fortschritt im Aufbau des polnischen Staates, der in der Einsetzung des Regentschaftsrates zum Ausdruck kommt, hat unter den Polen Rußlands ein bemerkenswertes Echo gefunden. Es liegen, teils aus der russischen, teils aus der polnischen Presse, die Aeußerungen von drei politischen Gruppen vor: die Stellungnahme des großen demokratischen Kongresses, der am 19. Oktober in Petersburg eröffnet wurde, das Programm der neu gegründeten nationalkonservativen Partei, auch Partei der Wiedergeburt des polnischen Staates genannt, und der Beschluß einer am 21. Oktober ebenfalls in Petersburg zusammengetretenen Tagung einer bäuerlich-radikalen Partei (Ludowcy).

Der demokratische Kongreß beschloß gleich am ersten Tage seiner Tätigkeit, dem Regentschaftsrat in Polen als dem Vertreter der obersten Gewalt des polnischen Volkes und dem Träger seiner Souveränität telegraphisch seine Huldigung auszudrücken. In einer gemeinsamen Sitzung der drei genannten polnischen Gruppen vom 21. Oktober wurde, wie das politische Departement des früheren Hyrosforstkom Staatsrates in Warschau über Stockholm erfährt, dieser Beschluß in einer Resolution wiederholt. Offenbar ist diese Resolution identisch mit einem Beschluß, über den die Petersburger „Rjetsch" vom 23. Oktober berichtete. Auf diesen Beschluß einigten sich, wie es in der „Rjetsch" heißt, alle polnischen politischen Parteien mit Ausnahme der Nationaldemokraten. In dem Beschluß wird ein unabhängiges vereinigtes polnisches Reich mit dem Ausgang zum Meere und die Anerkennung der polnischen Regierung als internationale Vertretung schon während des Krieges gefordert, aber ausdrücklich festgestellt, daß die politische Tätigkeit der Polen in der Emigration dem Willen und der Politik der polnischen staatlichen Organe im Lande untergeordnet sein muß".

Die Mitte Oktober erfolgte Begründung der neuen konservativen Gruppe ist insofern ein bemerkenswertes Zeichen, als daraus hervorgeht, daß auch in rechtsstehenden polnischen Kreisen in Rußland sich Strömungen gegen die nationaldemokratische Emigrantenpolitik auf eigene Faust regen. Nach dem „Kurjer Polski" in Warschau vom 6. November hat diese neue Partei in ihrem Gründungsprogramm u. a. erklärt: „Alle Versuche zu einer Organisierung einer nationalen Regierung und einer nationalen Armee außerhalb der Grenzen des Vaterlandes halten wir für unpraktisch, da wir in ihnen den Keim einer gefährlichen politischen Anarchie sehen. Wir werden vielmehr die in der Heimat entstehenden Organe der polnischen Staatlichkeit unterstützen und unsere Landsleute bei ihrer Tätigkeit für die Erringung ihrer Unabhängigkeit stärken."

Die Tagung der radikalen polnischen Bauernvertreter befaßte sich am Eröffnungstage mit der Frage der Errichtung einer polnischen Armee in Rußland, zu der sie eine ablehnende Haltung einnahm, wie dies die demokratischen polnischen Kreise in Rußland von jeher getan haben.

Interessant ist, daß sowohl die neue konservative als die radikale Bauernpartei vorwiegend aus Vertretern der weißrussischen, litauischen und ukrainischen Grenzgebiete zusammengesetzt sind, auch in ihren leitenden Persönlichkeiten. Daß gerade Parteien aus diesen Gebieten so ausgesprochen für eine Unterstützung des Aufbaues des polnischen Staates in der Heimat auftreten, beweist, daß sie auf einen späteren Anschluß an das Kerngebiet rechnen — ein Wunsch, den Rußland Polen ohne Zweifel nur mit starkem Widerstreben erfüllen würde.

Am 23. Oktober wurde die Tagung der Bauernpartei, am 24. der demokratische Kongreß geschlossen. Der letztgenannte setzte ein „Oberstes demokratisches Komitee" aus 25 Mitgliedern als dauernde Vertretung ein. Sitz des Komitees ist Petersburg, es hat Filialen in Moskau, Kiew, Weißrußland und Litauen. Diese Neugründung soll wohl ein Gegengewicht bilden gegen den „Interpartejlichen Rat", den der unter nationaldemokratischem Einfluß stehende polnische Kongreß in Moskau Anfang August einsetzte. Dr. R.

Weitere Fortschritte in Italien.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin 12. November, abends.

Im Westen, Osten und Mazedonien keine größeren Kampfhandlungen.

Im Cordevoletale westlich von Belluno wurden 4000 Italiener gefangen.

Erfolgloser englischer Fliegerangriff auf die Werft Brügge.

Berlin, 12. November. (W. T. B.) In der Nacht vom 9. zum 10. November griffen etwa sechs englische Großflugzeuge die Werft Brügge an. Durch Scheinwerfer und Sperrfeuer abgedrängt, warfen sie ihre Bomben ab, ohne militärischen Schaden anzurichten; zwei Belgier wurden getötet.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 12. November. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der unteren Piave haben deutsche Truppen den auf dem Ostufer angelegten Brückenkopf Vidor genommen. Die von Belluno südwärts vorgehenden Divisionen nähern sich Feltre. Bei Longarone, nordöstlich von Belluno, wurde in den letzten Tagen durch zielbewußtes Zusammenarbeiten unserer Führer und Truppen eine italienische Kampfgruppe in Divisionsstärke abgeschnitten. Es fielen uns ein General, etwa 10000 Mann und zahlreiches Geschütz und Kriegsgerät in die Hand. Besondere Ermähnungen verdient wieder die Leistungen der durch deutsche Abteilungen verstärkten 22. Schützendivision. Streitkräfte des Feldmarschalls Conrad drängten den Feind über Castel Tesino und über Grigno im Suganertal zurück.

An den anderen Fronten keine Aenderung der Lage.

Die italienischen Flüchtlinge.

Bern, 12. November. Die „Zürcher Zeitung" erfährt aus Rom indirekt:

Die italienischen Behörden schreiten zur Requisition der bekannten großen Hotels in allen Städten zwecks Unterbringung von Flüchtlingen und Verwundeten. Ferner wurden Maßnahmen zur Schließung der Theater, Varietés und Konzertcafés getroffen. Zahlreiche Privatvillen wurden freiwillig zur Verfügung gestellt.

Eine Kundgebung der Flamen.

Brüssel, 12. November. 3000 Flamen Brüssels veranstalteten gestern im Alhambratheater eine öffentliche Volksversammlung, in der sie eine Entschließung annahmen, die das feierliche Gelöbnis ablegt, daß die mehr als achtjährige systematische Unterdrückung des flämischen Volkes nun ein Ende nehmen müsse, dadurch, daß die vollständige Staatsmacht stammbewußten, tatkräftigen und unerschütterlichen Flamen anvertraut werde. Die Versammlung erklärte, infolgedessen die belgische Regierung in Le Havre nicht mehr als ihre Vertretung anerkennen zu können, sie erwartet bestimmt, daß einem germanischen Volke dasselbe Recht verliehen wird, wie den unterdrückten Polen, indem Flandern volle politische Selbständigkeit erhält.

Kaiser Wilhelm auf dem italienischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 12. November. Seine Majestät der Kaiser hat am 10. November mittags eine Reise nach dem italienischen Kriegsschauplatz angetreten. — Am 11. November traf er in der Nähe von Triest mit Seiner K. und K. Apostolischen Majestät Kaiser und König Karl und Seiner Majestät dem Zaren Ferdinand zu längerer Besprechung zusammen, an der auch die Chefs der Generalstäbe General von Arz und General Jekow, teilnahmen. Am Abend setzte Seine Majestät die Reise nach dem Hafen der deutschen U-Boote in der Adria fort.

Die französischen Truppentransporte nach Italien.

Berlin, 12. November. Aus guter Quelle verlautet, daß die in Cette stehenden Schweizer Eisenbahnwagen, die für die Schweizer Lebensmittelversorgung bestimmt sind, für französische Truppentransporte nach Italien verwendet werden.

Die französische Grenze abermals gesperrt.

Genf, 12. November. Die französische Grenze ist Sonntag mitternacht von neuem geschlossen worden.

Kerenski Sieger?

Stockholm, 12. November. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Ein Gerücht will wissen: Eine hiesige Gesandtschaft habe ein Telegramm aus Petersburg bekommen, das erzählt, ein blutiger Kampf habe zwischen Truppen und Bolschewiki nahe der Hauptstadt stattgefunden. Kerenski soll Sieger sein.

London, 12. November. „Central News" melden: Nach einem drahtlosen Bericht aus Haparanda verfügt Kerenski über eine Armee von 200000 Mann, die ihm unbedingt ergeben ist. Die Kosakenregimenter in Petersburg sollen die Partei Kerenskis ergriffen haben, und in den Straßen der Hauptstadt soll eine regelrechte Schlacht im Gange sein.

Die Garnisonen militärisch wichtiger Plätze haben dem revolutionären Militärausschuß telegraphisch ihre Unterstützung zugesagt.

Eine Krise im französischen Flugwesen?

Berlin, 12. November. Ueber eine Krise im französischen Flugwesen klagt ein Flieger in der „Depêche de Toulouse" vom 28. Oktober: Seit einiger Zeit sieht das Material nicht mehr auf der Höhe. Die Maschinen werden von kriegsbeschädigten Piloten, die zu den Fabriken kommandiert sind, abgenommen, und da sie für jede Abnahme von der Firma eine Prämie erhalten, ist die Prüfung nur oberflächlich. Daher müssen die neuen Apparate oft schon nach 20stündigem Flug zurückgestellt werden.

Zu den Fliegerangriffen auf holländisches Gebiet.

— Rotterdam, 12. November. Da es in der letzten Zeit vorgekommen ist, daß Privatpersonen für das Herunterschießen zu einer der kriegführenden Mächte gehörender Flugzeuge oder Luftschiffe, die sich über niederländischem Gebiete bewegten, den Soldaten Belohnungen gaben, hat der Kriegsminister die Armee aufgefordert, derartige Belohnungen nicht anzunehmen, da sie einen feindseligen Charakter gegenüber der Macht, deren Flugzeug oder Luftschiff heruntergeschossen würde, trügen. Er hat gleichzeitig den Kommandanten befohlen, ihre Vermittlung bei der Ueberreichung derartiger Belohnungen zu verweigern.

Die Errettung Kaiser Karls.

Die Errettung Kaiser Karls aus schwerer Lebensgefahr gibt gleich seinen eignen Völkern auch dem deutschen Volke Anlaß zu inniger und dankbarer Freude. Die letzten, ausführlicheren Berichte haben ja die Gefahr, in der der Monarch geschwebt hat, erst so richtig veranschaulicht. Sie zeigten, wie er von der Rückfahrt aus den Stätten, deren Namen die unter seiner Führung erstrittenen glänzenden Siege der verbündeten Heere besonders ruhmvoll verdeutlichen, in den Standort durch eine Verkettung unglücklicher Zufälle in größte Lebensgefahr geriet und nur durch die eigene Entschlossenheit sowie die hingebende Treue seiner Umgebung aus ihr gerettet wurde. Ein rührendes Denkmal des innigen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk sowie der ritterlichen Tugenden des Monarchen ist es, wie seine Begleiter ihr eigenes Leben ohne Zögern aufs Spiel setzten, Kaiser Karl aber ihre Treue mit tatkräftiger Teilnahme an ihrem Rettungswerke vergalt. Der ausführliche Goerzer Bericht betont, daß es „einer die Schranken des Gehorsams beiseite setzenden" Aufforderung bedurft habe, um den Kaiser zu bestimmen, auch nur zuerst ans Ufer zu schwimmen. Die schöne Vermenschlichung edlen Heldentums, die in dieser Darstellung zum Ausdruck gelangt, aber findet in den eigenen Worten des Kaisers „das ist eben der Krieg, der vieles fordert", ein Bekenntnis, das in seiner Bedeutung weit über den Unfall hinausreicht, Fürst und Volk mit gleichem Wollen und gleicher Entschlossenheit dem Kriege gegenüberstellt.

• • •

Wien, 12. November. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Kaiser Karl verlieh allen um seine Errettung aus Erkrankungsgefahr Verdienten in Anerkennung ihres mannhaft schneidigen Verhaltens Auszeichnungen, darunter dem Oberleutnant Prinzen Felix von Parma die goldene Tapferkeitsmedaille für Offiziere, dem Freiherrn Slatin Pascha das Zeichen belobender Anerkennung und dem Leibjäger Riesenichler und dem Garde-Infanteristen Tomek die goldene Tapferkeitsmedaille. Der Kaiser überreichte im Beisein der Kaiserin und seines Gefolges im Hofzuge den Ausgezeichneten persönlich die Dekoration mit herzlichen Worten.

Von den Kronten.

Berlin, 12. November. In Flandern griff am 11. November 7 Uhr 15 Minuten vormittags der Feind nach kurzem Feuerüberfall nochmals in Gegend Paschendaele an. Auch dieser Angriff scheiterte ebenso blutig wie die fünfmaligen Anstürme gegen unsere dortigen Stellungen am Vortage. Von Mittag ab lag auf der Front von Keremm bis Zandvoorde bei besser werdenden Sicht weit ins Hintergelände reichendes lebhaftes Störungsfeuer, das sich in Gegend nordöstlich Poelkapelle und vom späten Nachmittage ab auch an der Küste mit besonderem Nachdruck auf den Eisenbahnstellungen erheblich steigerte.

Am Nachmittage und während der Nacht wurden Bahnanlagen und Lager hinter der feindlichen Front erfolgreich mit Bomben belegt. In Poperinghe wurden Brände und Explosionen beobachtet.

Aus der monatlichen Abschußliste feindlicher Flugzeuge und Fesselballone geht hervor, daß wir nach wie vor die Ueberlegenheit in der Luft besitzen.

Während in Italien an der unteren Piave der Feind den 2 Kilometer breiten Flußabschnitt hält, dringen die Verbündeten im Gebirge unaufhaltsam vor. Schon haben sie von Belluno her Feltre erreicht, während sie weiter südlich den Brückenkopf Vidor erstürmten. Nördlich Belluno mußten abermals 10000 Italiener die Waffen strecken, da ihnen verbündete Truppen dort im engen Flußtal den Weg verlegt hatten. Was an Kriegsmaterial und Geschützen noch im Gebirge steckt, läßt sich nicht annähernd überblicken. Mit dem Erreichen der Piavelinie und des Tores Feltre hat sich die Frontlinie gegenüber der alten Stellung vor Beginn der 12. Isonzoschlacht fast um drei Viertel der gewaltigen Ausdehnung verkürzt.

• • •

Das Wiener Kriegspressequartier meldet über die Lage auf dem italienischen Kriegsschauplatz folgendes:

Neuerlich war unseren Truppen ein schöner Erfolg über noch im Gebirgland nördlich des Beckens von Belluno verbliebene Kampfgruppen des Gegners beschieden. Bei Longarone im oberen Piavetal mußte sich etwa eine feindliche Division mit 12 Geschützen und einer unübersehbaren Menge von Kriegsmaterial den planmäßig vorgehenden Truppen ergeben. Während von Nordwesten die Gruppe des Generalmajors Korzer und von Nordosten Teile der Armee des Feldmarschalls Krobatin dahin vorstießen, schnitten von Osten und Süden vorbrechende Truppen des Generals der Infanterie Krauße dem Gegner den Rückzug ab. Hier waren es vor allen anderen Steiermärkische und Kaiserschützen, sowie ein letzteren zugeteiltes württembergisches Schützenbataillon, welche durch ihr wackeres Zugreifen sich um die Erringung des Erfolges besondere Verdienste erwarben. Die entlang des Suganatales vorgehenden Kolonnen des Feldmarschalls Freiherrn von Conrad haben Castel Tesino und Grigno bereits überschritten und sind auch südlich des Tales in günstigem Vorwärtsschreiten. Auch im Becken von Belluno—Feltre gewinnt die Vorrückung immer mehr Raum. Hier nähern sich die Vortruppen der in Belluno eingegangenen österreichisch-ungarischen Kolonnen bereits Feltre, während an der Piave vom Meer bis Susegana keine neuen Ereignisse zu verzeichnen sind. In den letzten Tagen herrschte in dem Kampfgebiet trübes, im Gebirge vielfach von starken Nebeln begleitetes Wetter.

• • •

In der französischen Presse kommt in den letzten Tagen die Verstimmung über die Mißerfolge der Engländer in Flandern deutlich zum Ausdruck. So schreibt General Malleterre im „Temps":

„Angesichts der Vorteile, die die flandrischen Stützpunkte unserm Feinden bieten, fragt man sich, warum die Engländer bis heute gewartet haben, um ihre Hauptanstrengung gegen sie zu richten. Dies erscheint um so überraschender, als die englische Heeresleitung stets in Besorgnis wegen möglicher deutscher Vorstöße in dieser Gegend gewesen ist. Außerdem wissen wir, welche Mühe unsere Heeresleitung gehabt hat, die Engländer allmählich dahin zu bringen, daß sie ihre Front nach Süden ausdehnten und die französische Front erreichterten. Die englische Heeresleitung hätte den Angriff, der jetzt gegen den Winkel von Ypern vorgeht, früher bewerkstelligen können, um entschlossen die Aufgabe der Wiedereroberung Flanderns zu lösen. Ist es jetzt, wo der Winter herannaht, und mit ihm sein Gefolge von Nebel und Regengüssen, nicht zu spät, ein so umfassendes Unternehmen durchzuführen? Es wäre vermessen, über die Absichten und Kampfmittel unserer tatkräftigen Verbündeten Vermutungen anzu-

stellen. Wenn wir auch bedauern, daß die Sommerzeit vom 1. bis August in einer Art seltsamer Untätigkeit verstrichen ist, so steht es uns doch nicht zu, den Gründen dafür nachzuspüren.

Noch deutlicher drückt sich eine Kritik an den Leistungen der Engländer in einer Rede Premierminister Clemenceaus im „Homme enchaîné" aus, in der es heißt:

„Es ist hohe Zeit, daß Lloyd George seinen Widerstand gegen eine Ausdehnung der englischen Front endlich aufgibt; wir wollen keine weiteren Ausflüchte."

Die „Times" über die Entwicklung des U-Bootkrieges.

Ueber die Entwicklung des U-Bootkrieges bringt die „Times" folgende interessante Auslassungen:

Die Statistik zeigen deutlich, daß die Unterseebootgefahr noch keineswegs gebannt ist, und daß die Herstellung der Unterseebootfahrzeuge, selbst wenn sie nicht zunimmt, wesentlich zu den Schwierigkeiten in der Lebensmittelfrage beitragen muß. Man hatte angenommen, daß mit dem Herannahen der Herbstmonate und des winterlichen Wetters die Untaten der U-Boote nachlassen würden, daß sich Gelegenheit für sie nicht mehr bieten würde. Aber es liege sich wohl denken, daß stürmisches Wetter die Schiffahrt ebenso sehr wie den Verkehr der U-Boote erschweren könnten, in dem sie zerstört würden; und Kapitän Bathurst wies darauf hin, daß diese Schwierigkeit die Folge davon war, daß wir es nach Beginnung des ersten U-Bootgefahr (im Sommer 1915) verstanden haben, gewisse Maßnahmen gegen erneute Anstrengungen des Feindes zu treffen. Jetzt, sechs Monate später, sagt Dr. Mac Namara an, daß wir noch immer als derjenigen schwierigen Lage sind. Die Gesamtzahl der bis 25. 10. im Dienst gestellten Einheitsschiffe betrug 5147; und hiervon ist eine beträchtliche Anzahl verloren gegangen. Es wird erwartet, daß bis zum 31. 12. weitere 18 Einheitsschiffe fertig sein werden, aber das ist erstaunlich nicht genug, um die Verluste von nur drei Wochen im September, dem besten Monat, den wir seit dem U-Bootkrieg gehabt haben, zu ersetzen. Mit diesen Zahlen vor Augen versteht man leicht Sir Joseph Maclays Appell an Amerika für intensiven Schiffsbau. Neben den Anstrengungen des U-Bootkrieges neben Gerüchte einher, daß der Krieg jetzt mit viel größeren und stärkeren U-Booten geführt wird, die vermutlich eine viel schwerere Bewaffnung mit sich führen als die bisher im Gebrauch gewesenen. Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß in Amerika infolges des Marnewirbelsturmes Bekanntmachungen erginnen, daß in Deutschland sehr große U-Boote gebaut würden. Die Seite amtliche Bekanntmachung in England den rechten Glauben fand, aber ob irgendwelche Vorbereitungen getroffen wurden, um diesen Schiffen entgegenzutreten, ist nicht bekannt geworden, aber die Geschäfte, mit denen die Handelsschiffe ausgerüstet wurden, werden in vielen Fällen von denen der U-Boote in bezug auf die Reichweite übertroffen. Jetzt hat die amerikanische Regierung, wie der „Times"-Berichterstatter aus Washington mitteilt, Informationen in ihrem Besitz, daß Deutschland Unterseekreuzer baut. Es würde der deutschen Politik nur durchaus entsprechen, wenn die Deutschen in der Erkenntnis, daß man mit diesem U-Bootkrieg von 1917 vermutlich ebenso gut fertig wird, wie es mit dem von 1915 der Fall war, nun einen neuen Versuch mit noch wirksameren Booten machen sollten.

•

Wie sehr die Erfolge unseres Unterseebootkrieges am Lebensnerv unserer Feinde nagen, das geht aus den immer dringlicher werdenden Rufen zur Sparsamkeit hervor. Nachstehende Meldung, die uns aus Bern übermittelt wird, ist ein neuer Beweis hierfür:

Sir Arthur Hayo eröffnete am 31. Oktober in Keighley einen neuen Feldzug für Sparsamkeit im Lebensmittelgenuß. Er führte aus, die Geschichte lehre, daß im Weltkrieg eine Hungersnot die Entscheidung bringen könne. Die Wahrscheinlichkeit reiche sei verhältnismäßig ein Mißerfolg, die Lage Italiens sei reichlich ebenso schlecht, die Lebensmittellage in allen Ententeländern sei, wenngleich nicht so schlimm, wie die der Mittelmächte, ernst und werde sich mit der Fortdauer des Krieges noch verschlechtern. Es sei besser, den Gürtel jetzt fester zu schnüren, als den Krieg infolge Hungersnot mit einem faulen Frieden enden zu lassen. Das Eintreten Amerikas in den Krieg sei zwar erfreulich, erfordere aber Schiffsraum für Militärtransporte. Jeder Haushalt müsse bedenken, daß jede Beschränkung im Lebensmittelgenuß ein Freiwerden von Schiffsraum für Truppentransporte bedeute; das Ausfallen eines Weizenschiffes bedeute den Ausfall einer Wochenbetration für 2 688 000 Köpfe. Nebner rügte, daß die Herabsetzung des Preises für ein Mürbfundbrot auf 9 Pence eine 3prozentige Verbrauchszunahme herbeigeführt habe, und kündigte die Gründung eines Bundes zur Sicherung des Landes an, der von Weihnachten 10 Millionen Mitglieder zählen müsse mit der schriftlichen Verpflichtung, alle Vergeudung zu meiden.

Englands „alte Freundschaft" für Amerika.

Aus New York, Ende September, wird der „Welt-Korresp." geschrieben:

Wie etwa bei notorischen Geldbeiraten die beiderseitigen Verwandten von einer alten Neigung fabeln, um ein wenig Romantik in die Sache hineinzubringen, so suchen jetzt die amerikanischen Englandschwärmer nachzuweisen, daß England von jeher der Freund Amerikas gewesen sei. Sie wollen damit den Gegnern der gegenwärtigen Waffenbrüderschaft in den Vereinigten Staaten, insbesondere den Iren, eine Waffe aus der Hand nehmen. Die Iren lassen sich aber die Waffe keineswegs entwinden, und nachdem einige Englandschwärmer in der letzten Zeit so dreist und so unvorsichtig gewesen sind, zu behaupten, England habe sich während des amerikanischen Bürgerkrieges als Freund der Nordstaaten bewährt, macht sich ein führendes Irenblatt das boshafte Vergnügen, dokumentarisch nachzuweisen, daß das Gegenteil dieser Behauptung richtig ist, d. h. daß damals England sich als tückischer Feind der Nordstaaten bewährt hat. Dies wird an der Hand der Reden englischer Staatsmänner, der Artikel führender englischer Zeitungen und der Handlungen der damaligen englischen Regierung bewiesen. Kein Geringerer als Gladstone, Englands „grand old man", äußerte in einer Rede im August 1862, Jefferson Davis, der Präsident der Südstaaten, habe den Süden zu einer selbständigen Nation gemacht, und bei der Trennung zwischen dem Norden und dem Süden werde es nunmehr verbleiben; Gladstone war damals englischer Minister. Noch schärfer drückte sich das englische Parlamentsmitglied Roebuck in einer Rede aus. Er erklärte, ein Gesetzt der Trennung über die Trennung zu empfinden; der Versuch der Nordstaaten, auf gewaltsamem Wege die Vereinigung wieder herbeizuführen, sei unmoralisch und könne unmöglich Erfolg haben. England Aufgabe wäre es, die europäischen Großmächte zu veranlassen, die Südstaaten anzuerkennen.

Ebenso äußerten sich die führenden englischen Zeitschriften und Zeitungen. Es schrieb die Zeitschrift „Saturday Review", am 19 unter 20 gebildeten Engländern werde die Ueberzeugung geteilt, daß es ein zweckloses und hoffnungsloses Unternehmen als den Versuch der Niederwerfung der Südstaaten niemals in der alten und der neueren Geschichte gegeben habe. Der „Morning Herald" ging noch weiter als Herr Roebuck. Er verlangte eine bewaffnete Einmischung Englands zugunsten der Südstaaten. Wolle man aber die an sich wünschenswerte unverzügliche Einmischung nicht vornehmen, so habe man keinerlei Vorwand, die Südstaaten nicht sofort als selbständige kriegführende Macht anzuerkennen. Diese Anerkennung müßte gemeinsam seitens Englands, Frankreichs und Rußlands erfolgen und sie würde die Nordstaaten der bisherigen ihnen durch Europa erteilten passiven Sanktion bei ihrem mutwilligen Angriff gegen den Süden berauben. Die Anerkennung der Südstaaten würde fernerhin weitere Versuche, den Süden mit Waffengewalt zu erobern, als hoffnungslos und deshalb als strafbar verdammen. Schließlich würde die Anerkennung der Sache der friedensparteien in den Nordstaaten Vorschub leisten. Die „Times" erklärte, es hätte sich um gezeigt, daß Nordamerika aus zwei selbständigen Staaten bestehen müßte und daß auf keiner anderen Grundlage Frieden gemacht werden könnte; die gewaltsame Unterwerfung des Südens würde sich als ein hoffnungsloses Unternehmen herausstellen.

Als dann im Winter 1863 der französische Kaiser, wohl von England geschoben, den Versuch machte, zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten zu vermitteln, und als der Staatssekretär des Auswärtigen der Nordstaaten, Mr. Seward, ihm die trockene Antwort gegeben hatte, die Vereinigten Staaten wären selbständig genug, ihre eigenen Angelegenheiten zu erledigen, war die englische Presse über diese „Unverschämtheit" ganz aus dem Häuschen. Die „Times" besonders kangelte ihn wie einen Schulungen ab. Sie sagte, daß Seward, der Republikaner von 1863, bewiesen hätte, ebenso unfähig zu sein etwas hinzuzulernen, wie nur female ein aller autokratischer Bourbone. Es bedürfe nicht die Fähigkeit zu sehen, was der ganzen Welt offenkundig wäre, und er wäre ebenso töricht wie Xerxes bei seinem Kriegszuge gegen Griechenland wäre wie Napoleon bei seinem Angriffe gegen Rußland. Die „Times" sah, wie die von ihr angeführten Beweise beweisen, also voraus, daß die Ablehnung des Angebots Napoleons den Untergang der Nordstaaten zur Folge haben würde.

Nun, die Engländer haben sich damals als ebenso schlechte Propheten bewährt, wie im gegenwärtigen Weltkriege, denn nach nicht zwei Jahren waren die Südstaaten unterworfen, aber was England dazu tun konnte, um dieses Ergebnis hintanzuhalten, das hat es reichlich getan. Es hat in äußerst widerlicher Weise während des Bürgerkrieges die Kaperschiffe der Südstaaten erbaut, bewaffnet und bemannt und hat dadurch dem Seeverkehr der Nordstaaten die schwersten Nachteile zugefügt. Bekanntlich hat ja gerade diese Angelegenheit einen langjährigen Streit zwischen England und den Vereinigten Staaten hervorgerufen, der dann auf schiedsgerichtlichem Wege zugunsten Amerikas entschieden wurde. England hat weiterhin durch eine große Anzahl von Dampfschiffen die von den Vereinigten Staaten gegen die Südstaaten verhängte Blockade unwirksam gemacht, dem Süden Waffen, Munition und Lebensmittel geliefert und sie nur dadurch in die Lage versetzt, über Jahre lang den Krieg durchführen zu können.

Diese entschiedene Parteinahme Englands für die Südstaaten ist um so eigenartiger, als, wie das Irenblatt ebenfalls dokumentarisch belegt, die Stimmung in England noch im Jahre vor dem Beginn des Krieges durchaus zugunsten der von dem Norden verfochtenen Idee der Sklavenbefreiung war. Der Stimmungswechsel ist erklärlich genug. In dem Augenblick, wo die Südstaaten sich losgerissen hatten, erkannte England, daß diese Trennung, wofern sie eine dauernde sein würde, Englands Interessen auf dem amerikanischen Kontinent ungeheuer förderlich sein müßte. Zwei etwa gleich starke, nicht nur während des Krieges, sondern auch nachher dauernd verfeindete Staatengebilde in Nordamerika mußten die Macht dieses Landes vollkommen paralysieren und dadurch Großbritannien in die Lage bringen, in diesem Erdteile ebenso die führende Macht zu werden wie in allen anderen. Deshalb war es in Englands Interesse, die bis dahin weit überlegene Bevölkerungszahl und finanziellen Mitteln schwächeren Südstaaten zu unterstützen, um sie zu gleichwertigen Gegnern der Nordstaaten zu machen. Endete dann der Krieg mit einem Remis und damit mit der dauernden Trennung beider Hälften, so war England die „Paramount power" auch in Amerika. Hinter diesem politischen Kalkül mußten natürlich die humanitären Sympathien mit der Sache der Nordstaaten zurücktreten.

Dieser Vorgang ist so charakteristisch für Englands Denkweise und angesichts des Weltkrieges so aktuell, daß die Ausgrabung der historischen Belege für Englands damalige Handlungsweise außerordentlich dankenswert ist.

Die französischen Kanadier und die „Rechte der kleinen Nationen".

Aus Montreal wird der „Welt-Korrespondenz" geschrieben:

Die Erregung der französischen Kanadier bildet nach wie vor einen Gegenstand ernster Sorge der Regierung. Das Problem stammt nicht von heute und gestern. Der Gegensatz der französischen Kanadier zur englischsprechenden Bevölkerung hatte bekanntlich im Frieden schon einen gefährlichen Grad erreicht. Die Ursache davon ist gerade jetzt sehr lehrreich. Es liegt hier einer der Fälle vor, wo die Briten sich selber praktisch vor das Nationalitätenprinzip gestellt sehen, für dessen Heiligkeit sie so warm eintreten, wenn es sich um andere, ihnen feindlichen oder gefährlichen Gebieten handelt. Nach Rasse, Sprache und Religion nehmen die französischen Kanadier eine Sonderstellung ein, die geschichtlich um so legitimer ist, als sie die ursprünglichen Herren und Besitzer des Landes vertreten. Mit dem Uebergange Kanadas in englische Gewalt hat sich nun wohl längst abgefunden, aber sie wollen unter allen Umständen Kanadier bleiben und nicht Briten werden; sie beharren auf ihrer Eigenart und vor allem auf der Erhaltung und Anerkennung ihrer Sprache, in der sie mit Recht ein Hauptheiligtum ihres Volkstammes sehen. Die Gefährdung dieses Bollwerkes hat aber in neuester Zeit ständig zugenommen, indem die Regierung die Einschränkung des französischen Unterrichts und der französischen Sprache im Schulwesen von Quebec durchzusetzen sucht. Dabei bedient sie sich in wenig ehrlicher und schöner Weise der Politik katholischer Geistlicher irischer Nationalität — von jenen Iren, die bloß nur noch dem Namen nach sind, in Wirklichkeit aber längst ganz und gar zur englischen Lager übergegangen sind. Um das Recht der französischen Sprache führen die französischen Kanadier einen schweren Kampf, der sie mit großer Sorge und Erbitterung erfüllt. Man sieht, wie die Briten im eigenen Hause mit den „Rechten der kleinen Nationen" umgehen: sie versuchen sie hinten herum zu strangulieren.

Als Kanadier waren die Franzosen im Lande von vornherein entschiedene Gegner der Beteiligung am Kriege. Sie sagten: das ist eine englische, nicht eine kanadische Angelegenheit; wir haben keinen Grund zum Kriege gegen die Mittelmächte. Sie unterlagen — Kanada trat in den Krieg ein. Sie vertraten aber auch weiterhin ihren Standpunkt, sowohl mit dem Worte wie auch mit der Tat, indem sie sich von den Werbungen zum Soldatenkriege nicht verlocken ließen und nur eine verschwindend kleine Anzahl von Freiwilligen stellten. Mehr je weiter die Dinge sich entwickelten, um so gefährlicher gestaltete sich die Situation für sie. Als die Verfassung dahin geändert wurde, daß die Lebensdauer des Parlaments verlängert wurde, gab Premierminister Borden das feierliche Versprechen ab, daß Kanada durchaus an dem Freiwilligensystem festhalten werde. Dies Versprechen hat er gebrochen, indem er die Wehrpflichtvorlage einbrachte. Die Erregung der französischen Kanadier über diesen Treubruch hat nun nicht allein den Grund, daß ihnen der Gedanke, für britische Interessen sich opfern zu sollen, völlig unerträglich ist. Vielmehr geben sie ihre Volksexistenz selbst gefährdet. Ihre Sonderstellung in Sprache, Religion, Gewohnheiten usw. ist ihnen durch die Verfassung gewährleistet, und allein durch diese. Nun hat es sich gezeigt, daß die britischen Machthaber die Verfassung da, wo sie ihnen im Wege ist, unbedenklich wegräumen, selbst unter offenkundiger Verletzung eines feierlichen Wortes. Wer verbürgt den französischen Kanadiern unter diesen Umständen, daß die Verfassung nicht früher oder später auch in bezug auf sie umgestoßen wird? Ein Dorn im Auge der britisch gesinnten Regierung sind sie — das wissen sie wohl. Die Gelegenheit ist doch günstig; der Krieg bietet ihr den von Handbabe zur Einführung von Bestimmungen, die „verräterischen" oder „aufrührerischen" Elementen den Daumen aufs Auge drücken sollen — und: vestigia terrent! Schon sind friedliche Kanadier deutscher, österreichischer und ungarischer Abkunft unter schnödem Vorbruche entrechtet worden. Die Prognose der französischen Kanadier geht dahin, daß sie jetzt als die Nächsten an die Reihe kommen werden und daß der Krieg als Handhabe benutzt werden wird, um ihr Volkstum und ihre verbürgten Rechte auszutasten.

Daher stammt die bis zur Leidenschaftlichkeit gesteigerte Erregung und Erbitterung in diesen Kreisen. Und daß die Entente inzwischen die ganze Welt verpflichtet, sie kämpfe für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen und für das Nationalitätenprinzip, ist natürlich nur geeignet, Oel in ihre Wunden zu gießen. Sie haben am eigenen Leibe erfahren, wie es unter britischer Herrschaft in Wahrheit mit dieser Freiheit und diesen Rechten steht.

Die amerikanische Farben- und Farbstoffindustrie.

Das „Board of Trade Journal" vom 20. September entnimmt den im Washington herausgegebenen, amtlichen Handelsberichten vom 15. August u. a. folgende Angaben über die Farbstoffindustrie in den Vereinigten Staaten. Es zeigt sich eine zunehmende Neigung zur Herstellung von Teer- und Zwischenproduktenfabriken mit solchen, welche fertige Farbstoffe herstellen. Die Gesamtsumme des in der Farbenindustrie in den Vereinigten Staaten angelegten Kapitals wird auf 163 025 650 Dollar berechnet. Die monatliche Produktion betrug im laufenden Jahre in 22 Rohproduktenfabriken 1 240 350 Gallonen Benzol, Toluol und etwas Xylol und Phenol, ferner 6 181 600 Pfund (zu 453 Gramm) Benzol, Toluol, natürliches und synthetisches Phenol, Kresol, Naphthalin, Anthracen und etwas Xylol, Cumol und Anulyen. In vierzig weiteren Fabriken werden monatlich 10 420 600 Pfund (453 Gramm) Zwischenprodukte hergestellt. 46 Fabriken erzeugten monatlich 5 000 000 Pfund künstliche Farben. 13 Firmen endlich produzierten monatlich 8 183 500 Pfund pflanzliche Farbstoffe und Extrakte.

Der Bericht bringt genaue Einzelheiten über die neu hergestellten Farbstoffe und Nebenprodukte. Am auffallendsten heißt es dann weiter, ist in den Berichten der Farbstoffbrikanten das zunehmende Wachstum der Industrie sowie die Ausdehnungsabsichten im In- und Auslande. So hat sich die in der Herstellung von Explosivstoffen führende, amerikanische Gesellschaft der Farbstoffindustrie zugewandt. Von anderen, im Bau befindlichen und teilweise vor 1918 betriebsfertigen Unternehmungen, sind zu nennen: zwei für Kohlenteerausgangsstoffe, eine für Anthracen, eine für Eisessig, vier neue Fabriken für Anilinfarben, eine für Chrysoidin und Methylenblau, eine für Nigrosin, Indulin und Magenta und eine für Nigrosin allein. Ein Produzent von Chromfarben u. a. hofft seine derzeitige Produktion von beinahe 500 000 Pfund jährlich in den nächsten zwei Monaten zu verdoppeln. Eine andere Fabrik, die Methylenfarben herstellt, plant gleichfalls eine Verdoppelung ihrer Leistung, dasselbe gilt von zwei Anilinfabriken usw.

Die Ausfuhr von Farben und Farbstoffen aus den Vereinigten Staaten während des am 30. Juni 1917 endenden Fiskaljahres wird auf 11 710 887 Dollar bewertet, gegen 5 102 002 Dollar im Jahre 1916.

Die Engländer und das Wort „Hunne".

Ende September 1917 wurde ein englisches Landflugzeug von einem deutschen Torpedoboot in der Nordsee von 5000 Fuß Höhe abgeschossen. Auf dem Flugzeug befand sich als Führer der englische Flugzeugkapitän Philipps und als Beobachter der englische Flugzeugfeldwebel Edward Alexander Boyd. Der Torpedobootsbesatzung fiel ein Zettel des Letztgenannten in die Hände, den er beim Längsfallengehen des Torpedobootes an das havarierte Flugzeug mittels einer Brieftaube zu befördern versuchte. Auf dem Zettel stand auf englisch: „Abgeschossen um 6.42, aufgenommen durch die Hunnen."

Boyo wurde wegen Beleidigung der deutschen Wehrmacht angeklagt und ist kürzlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei seiner Vernehmung und bei seinem Begnadigungsgesuch an den kommandierenden Admiral des Marinekorps äußerte er: „Ich kenne die Bedeutung des Wortes „Hunne" nicht im geringsten und hatte auch keine Absicht, die Deutschen zu beleidigen. Ich hatte das Wort für ebenso scherzhaft, wie etwa „kuits" (Dbh) oder „hams" (Schinken), mit dem unsere Soldaten deutsche Gefangene bezeichnen. Die Beleidigung der Offiziere und Mannschaften des deutschen Torpedobootes war unbeabsichtigt und Schuld meiner Unwissenheit. Ich bitte in aller Aufrichtigkeit um Entschuldigung."

Das vorstehende Beispiel zeigt, daß mehr Mut dazu gehört, das Wort „Hunne" Auge in Auge einem Deutschen gegenüber zu gebrauchen, als von für gesichert gehaltener Insel aus.

Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Bericht aus Aegypten vom 11. November.

General Allenby berichtet, daß der Vormarsch seiner Truppen gestern fortdauerte und daß sein linker Flügel in der Nachbarschaft von Esbuh, dem alten Ebsod, in Besitz nehmen Wadi Hesi, stand. Die Nachhut des Feindes hatte eine Linie längs des Nordarmes von Wadi Sukereiff besetzt. Das königliche Flugzeugkorps bewarf am selben Tage den Eisenbahnknotenpunkt Wadi Surar mit Bomben. Dort befand sich eine große Zahl vollender Güter auf dem Bahnhof, auf dem, wie auf den Stationsgleisen, mehrere Treffer beobachtet wurden, die beträchtlichen Schaden verursacht haben müssen. Unsere berittenen Truppen berichten, daß sie am Freitag folgende Beute gemacht haben: Fünf 15 cm-Haubitzen, acht Feldgeschütze, 10 Offiziere und 700 Mann sowie viel Bagage. Da die Ausdehnung des Gefechtsfeldes 600 Quadratmeilen beträgt, wird es einige Zeit dauern, bis die vollständige Liste der Beute aufgestellt ist. Ueber das Unternehmen der Warwickshire Yeomanry am 8. November sind jetzt folgende Einzelheiten eingegangen: Ein General, der eine Erkundung in der Nähe von Huj kommandierte, bemerkte eine ziemlich starke feindliche Abteilung mit Geschützen, die etwa 2500 Yards entfernt in nordöstlicher Richtung marschierte. Er befahl der Yeomanry, den zurückgehenden Feind anzugreifen. Der Angriff wurde in das heftige Kanonen-, Maschinengewehr- und Gewehrfeuer hinein mit einem Mut und Schneid ausgeführt, die der besten Ueberlieferungen der britischen Kavallerie würdig sind. Zwölf Kanonen wurden genommen, nachdem die österreichischen Kanoniere an den Kanonen gefiel oder verwundet worden waren. Drei Maschinengewehre und hundert Gefangene wurden gleichfalls eingebracht. Dies brach den Widerstand völlig und ermöglichte uns, bis nach Huj vorzustoßen.

Englischer Bericht aus Ostafrika vom 11. November.

Am Wochenbeginn drängten die britischen Abteilungen, die südöstlich Mahenge operierten, die feindlichen Deckungsabteilungen zwischen dem 23. Oktober und 8. November ostwärts in Richtung auf Mganiza zurück, wobei sie Gefangene machten und Material erbeuteten. Am 6. November ergaben sich in Gabatinoto, auf dem linken Lukeguaufer, 15 Meilen westsüdwest Mganiza, drei deutsche Offiziere, 139 deutsche Unteroffiziere und Mannschaften, 140 Askari und einige Pflegtruppen einer unserer Abteilungen, und am selben Tage ergaben sich 89 Askari weiter nördlich einer belgischen Abteilung. Alle waren krank oder in der Genesung begriffen. Unter dem Druck unseres Vormarsches räumte der Feind Mganiza und gestern gelang es uns, Kalukeli-Tal wurde unser Vormarsch am 6. November wieder aufgenommen und die feindliche Hauptmacht von Mawiwa nach Südwesten getrieben. Auch unsere Umgehungsbewegung durch Nuponda und Lukulelé-Mission machte gute Fortschritte. Beim Rückzug das Tal hinauf hatte der Feind schwere Verluste und ließ eine Menge Material zurück, darunter eine 4,1 Zoll-Schiffskanone, viele Gewehre und Maschinengewehre und viel Munition. Ein Maschinengewehr wurde auch von einem Kopkorps im Kampf genommen. Patrouillen unserer Abteilung, welche den südlichen Teil von Ostafrika von Wiedhafen am Rhoffa-See aus durchquert, ist in Besitzung gekommen mit Patrouillen einer belgischen Abteilung, welche in Kilwa landete und hinzu Fuhwa besetzte, gleichzeitig mit unserer Abteilung aus Fort Johnston am Südende des Nyassasees. Portugiesische Truppen sind am Rovumafluß tätig.

(Dieser Bericht bringt nichts wesentlich Neues. Die Meldung über die Wiederaufnahme des Vormarsches am 6. d. Mts. im Lukuledital beweist nur, daß die Engländer dort seit Mitte Oktober trotz ihrer Uebermacht keine Fortschritte erzielen konnten. In Ermangelung derselben wird daher über angebliche Materialverluste der deutschen Truppen berichtet. Bei den westsüdwestlich Mganjira und nördlich davon in Gefangenschaft geratenen Offizieren und Mannschaften handelt es sich vermutlich um solche, die in einem Feldlazarett zurückgelassen werden mußten. D. Red.)

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 9. November. Kaiser Karl hat den nachstehenden Armee- und Flottenbefehl erlassen:

Aus längst vergangenen Zeiten hat meine bewaffnete Macht den Zweikampf übernommen und als eine traditionelle Einrichtung beibehalten.

Das Festhalten an alten Ueberlieferungen kann aber nicht dazu führen, daß wider bessere Ueberzeugung, wider göttliches

---

Das Auge der Schlacht.

Wer ist das Auge der Schlacht?

Noch nicht lang ist's her, da war es der Feldherr. König und Heerführer mit glänzendem Stab hielten auf scharrenden Rossen auf der Höhe, sahen zu ihren Füßen das gewaltige Schauspiel sich abrollen. Als Feldmarschall Graf Schlieffen im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts den modernen Feldherrn als einen Rechner und Denker am Kartentisch in irgendeinem, dem Feuer meilenweit entfernten Schloß skizierte, als ein abgeschieden hausendes Gehirn, das von tausend Telegraphendrähten und im Auto herauseilenden Generalstabsoffizieren gespeist wird, da glaubte man selbst in militärischen Kreisen lächeln zu dürfen. Und heute? Der Feldherr ist unsichtbar geworden, nur zu feierlichen Anlässen bequemt er die Kruppen, die preußisch sitzt er, statt des Fernsprechers das Telephon in der Hand, und trotzt dem Ansturm der aus der Leidenschaftlichkeit des Kampfes geborenen Meldungen, welche in wechselnder Gestalt, bald als atemloser Läufer, bald als galoppierender Reiter, als flatternde Brieftaube, als feuerdurchirrender Meldehund, als Film aus der Dunkelkammer, als Blinkwelle, als sausender Flieger, als ratternder Motorfahrer, als elektrischer Strom durch Drähte und durch die freie Luft, ihn, den Mittelpunkt erreichen. — Wer ist das Auge der Schlacht?

Der Infanterist? Ach, ihm ist die Welt ein Trichter, ein zerhackter Baumstumpf, ein Beet von zerfetzten Drahtverhau, bevölkert von zwei Welten, das ist er selbst und der Tod.

Vielleicht der Scharfschütze dort in der Höhenstellung? Frage ihn nach dem nächsten Dorf, er wird antworten, das ist das mit dem abgebrannten Schulhaus. Er weiß nur, daß er in Flandern und vor einem schottischen Regiment liegt. Aber in dem 700 m breiten Streifen, den sein Maschinengewehr zu bestreichen hat, sieht er jedes Mäuschen laufen.

Der Artilleriebeobachter, dessen Scherenfernrohr am Rande der hochgelegenen Straße emporragt, er sieht doch die Schlacht? Gewiß. Er zeigt dir ein graues, bunttiges Etwas, murmelt von den Trümmern der Duchtalle in Ypern, deutet auf einen meilenfern glitzernden Kiesel — und bemauptet, das sei der Zillebeker See. Fragst du ihn, was unsere Infanterie macht, zuckt er mit den Achseln und brummt etwas von „Schweinerei: Rauch und Feuer: Leuchtkugeln, Gewehrfeuer!" Sitzt er gar auf einem hohen Baum, so hüte dich hinaufzuklettern, es lohnt sich nicht.

Wie groß aber ist erst deine Verblüffung wenn du den gelandeten Flieger anspricht, und von ihm Offenbarungen erwartest. „Enormer Verkehr im Planquadrat, 4224 b 2", schimpft der Flieger, „weiße Tücher in der Winterstellung vor Poelkapelle ausgelegt, Engländer ist also nicht weit vorgekommen, unsere braven Infanteristen haben mir zugeninkt." Natürlich, er hat seinen Gefechtsauftrag erfüllt, im übrigen brauchte er beide Augen, um sich durch die Flakwolken, die himmlischen Regenwolken und die feindlichen Jagdflugzeuge durchzuschlängeln. — Wo ist das Auge der Schlacht? Das allsehende allüberseheende Auge?

Dort hinter dem Walde schwankt, von einem Dutzend Soldatenfäusten gehalten, gleich der ausgestopften Maus eines biluvialen Ungetüms, der Fesselballon. Du kletterst in den Korb, schlingst mit befremdlichen Gefühlen den Fallschirm rings um die Brust, und fährst hoch. Wütende Anfälle von Seekrankheit werden mutig unterdrückt. 1000 m zeigt der Höhenmesser. Zaghaft laß du über den Korbrand, Gott sei gelobt, die Erde ist noch da. Nun mit den Augen: Wie nett hinaus über das Schlachtfeld. Silberne Straßen schimmern zwischen Ypern, Menin, Roulslare und Langemark. Der Troß zweier Heere, Kampfwerkzeug und Proviant für Hunderttausende, kriecht wie Ameisenkarawanen heran. Lokomotiven, winzig wie Kinderspielzeuge, schnaufen durch das bräunliche Land. Dein Blick durchbohrt den zarten Dunst, der, den sandbrüchen Sümpfen entquollen, die Kampfzone überschleiert. Die Artillerien, das Werk aus Tausenden von Fabriken der reichsten Länder, sind in voller Arbeit. Wie ein Streufelchchen schaut die Kampfstätte aus, aber wie ein Wagenschlag, der sich auf der regnerischen Landstraße mit Kot bespritzt. Du guckst dem Engländer in den Kochtopf. Da ein Batteriewest, aus dem Feuerschlangen zucken. Da ein Lastkraftwagen. Da eine schmarze Kolonne marschierender Soldaten. Die ganze englische Angriffsarmee wimmelt dir zu Füßen. Wahrlich, der Fesselballon ist das Auge der Schlacht.

Das Auge aber hat Brauen, buschige, finstere Brauen, die sich in Gestalt himmlicher Wolken über deinen Häuptern zusammenziehen. Aufpassen! schreit der Beobachter. Du hörst ganz dicht wütendes Gebell von Maschinengewehren und siehst einen deutschen Flieger, von drei Engländern, die sich hinter der Wolke angeschlichen haben, verfolgt abstreichen. Der Beobachter zerrt am Telephon, ruft etwas von „Einholen, Fliegergefahr" hinein und winkt dir heftig zu, du sollst sich, wie er, auf den Korbrand setzen. Unter dir, auf der Erde, geht ein wildes Knattern los. Die Bedeckungsgewehre feuern auf den einen Engländer, den der Ballon, mit Brandgeschossen spritzend, angreift. Jetzt schießt auch unser Flak mit weißschimmernden Kugeln nach dem Feind. Mein Beobachter starrt auf den unheimlichen Gegner. Sobald er den Ballon trifft, heißt es abspringen in die furchtbare Tiefe, ehe die aufflammende Hülle über dem Korb zusammenstürzt. Sekunden werden Ewigkeiten. Da dreht der Engländer ab und entweicht zornig mit einem Schwefelschweif, wie der leibhaftige böse Feind.

Ist der Fesselballon wirklich das Auge der Schlacht? Nein. Er sieht ins Große, doch er übersieht das Kleine. Ungesehen bleibt das heldenmütige Häuflein, das zum letzten Male um den letzten Betonunterstand gegen die wütenden Australier sich schart, ungesehen der lichte Schützenschleier, der über Trichter und Leichen dem Bedrohten zu Hilfe springt. Wer ist es dann?

Jeder deutsche Soldat mit zwei offenen Augen und tapferen Herzens, der seinem Führer Meldung macht, all die Hunderttausend, die das tun in den schrecklichsten Augenblicken zwischen Leben und Tod, die bilden das Auge der Schlacht.

Deutsche Sprachinseln in Norditalien.

Wenn früher ein Reisender gelegentlich auf deutsche Sprachinseln in Norditalien hinwies, so nahm man dies gleichgültig als eine geographische Merkwürdigkeit hin. Heute dürfte eine Erinnerung daran ein ganz anderes Interesse erregen, da die deutschen und österreichischen Heere schon auf den Boden Norditaliens vorgedrungen sind.

Die erwähnten Sprachinseln sind teils Ausläufer des deutschen Volkstums der Tiroler Alpen, teils Ueberreste alter deutscher Siedlungen aus der Zeit der mittelalterlichen Heereszüge. Schon in Welschtirol finden wir das deutsche Folgarett, eine Gruppe von sechs Kirchdörfern. Der Ort wurde 1216 gegründet, als der Trientiner Bischof den Herren Ulrich und Heinrich von Bogen das Land verlieh mit dem Beding, dort jährlich ohne mehr Höfe zu gründen und darauf „gute, nützliche und kluge Arbeiter" zu berufen. Diese guten Arbeiter waren Deutsche. Ihre Nachkommen haben Jahrhunderte hindurch ihre Sprache bewahrt, bis sie in der jüngsten Zeit dem italienischen Ansturm erlagen. Die Familien- und Flurnamen sind aber deutsch geblieben.

In der Ebene von Verona finden wir einige bemerkenswerte deutsche Sprachinseln, die die merkwürdigen Namen Tredici Comuni und Sette Comuni führen. Schon in alten Urkunden wird berichtet, daß diese „homines teutonici" (deutsche Männer) mitten unter Italienern seßhaftig leben.

Die „Tredici Comuni" liegen in der Provinz Verona im Distrikt Tregnano, die „Sette" im Distrikt Asiago der Provinz Vicenza, auf dem Plateau zwischen der Brenta und dem Astico. Auf beiden Bergesrücken, sechs Meilen von Vicenza, liegt Asiago, der Hauptort der „Sieben", zu denen Roana, Gallio, Enego, Lusiana, im ganzen mit etwa 30 000 Einwohnern, gehören. Sie selbst nannten ihren Hauptort „Slephe", sich selbst die Slepher („Slaperi" im italienischen Mundart), und bleiben auch lange Jahrhunderte für ihre deutschen Sprache, ihren deutschen Sitten, am festesten die Frauen. Die Muttersprache erklang von den Kanzeln in sonntäglicher Predigt und bis ins 17. Jahrhundert hinein ließen sich die Slepher ihre Predigter aus dem Mutterlande kommen.

Woher mögen wohl diese deutschen Männer gekommen sein? Sie nannten sich Zimbrier, und ihre Ueberlieferung auch stimmten sie ab von jenen zimbrisch-teutonischen Scharen, welche Marius bei Verona aufs Haupt schlug. Das ist nicht erweislich; richtiger mag es sein, daß sie Nachkommen jener Mannen sind, welche deutsche Kaiser vom 11. bis ins 13. Jahrhundert zum Schutze der Vorposten an der grauen Heerstraße nach Italien ansiedelten. Später finden sie im Dienste der venezianischen Regierung, verteidigten sie republikanischen Burgen und erhielten von dem Dogen den Ehrentitel: „I nostri fedelissimi sette comuni" (Unsere treuesten sieben Gemeinden).

Einwitz war der erste, der von Deutschland auf diese seltsamen Sprachinseln hinwies; 1709 fiel auch der König von Dänemark zu diesen Germanen hinauf, wo sie alle noch Deutsch redeten. 1833 besuchte sie Professor Schmoller und erzählte, daß er die deutsche Sprache nur noch in Giazza, dem obersten Dorfe des Proper Tales, in kümmerlichen Resten noch in Campo Fontana lebendig gefunden habe. Seitdem sollte, wie allgemein versichert ward, dort oben jeder deutsche Laut verklungen sein.

„Sattar gaweit in der Herberg ga

Gebot und wider das Gesetz die Austragung von Ehrenkränkungen auch fernerhin der Geschicklichkeit im Waffengebrauche überantwortet und dadurch dem blinden Zufall überlassen wird.

Zu einer Zeit, in der jedes Einzelnen Leben dem Vaterlande, der Allgemeinheit gewidmet sein muß, dürfen Ehrenkränkungen nicht mehr im Kampf mit den Waffen ausgetragen werden. Wer sein Leben im Zweikampf aufs Spiel setzt, handelt nicht allein gegen das Gebot und Gesetz, er handelt auch gegen sein Vaterland, das auf die ungeschwächte Kraft jedes Mannes jetzt zur Verteidigung seiner Grenzen, dann zum Wiederaufbau zum Fortschritt zählt.

Das altbewährte Pflichtgefühl und das sichere Urteil der militärischen Ehrenräte geben mir eine Bürgschaft dafür, daß sich ihrem Ausspruch jeder wahrhaft ritterlich denkende Mann freiwillig unterwirft und daß durch ihre Entscheidung Ehrenangelegenheiten in Hinkunft auch ohne Zweikampf vor Ehre und Gewissen ausgetragen werden können.

Ich verbiete daher allen Angehörigen meiner bewaffneten Macht den Zweikampf und jedwede Teilnahme an einem Zweikampf.

— Görz, 12. November. Wie bereits berichtet, traf Kaiser Karl gestern vormittag mit dem Zaren von Bulgarien und beiden Söhnen in Görz zusammen, wo sie gemeinsam der Andacht in der Hauptkirche beiwohnten. Sodann fuhren Kaiser und Zar nach Palmanova, wo sie auch den Vortrag des Chefs des Generalstabes von Arz über die gegenständliche Lage anhörten. Von Palmanova fuhr der Zar in seinen Standort zurück, während der Kaiser sich zu einer in den letzten Kämpfen besonders hervorgetretenen Division begab, in deren Verbande sich auch das Infanterieregiment Nr. 39 befindet, in dem der Kaiser als Stabsoffizier gedient hat. Der Monarch belobte im Gespräch mit zahlreichen Offizieren und Mannschaften die ausgezeichnete Haltung der Division. Er wurde entlang der Front der ganzen Division mit stürmischen Ehrenrufen begrüßt. Heute fuhren der Kaiser und die Kaiserin in den Standort des Zaren von Bulgarien, wo eine Frühstückstafel stattfand. In den Nachmittagsstunden kehrten der Kaiser und die Kaiserin in ihren Standort zurück.

Türkei.

— Konstantinopel, 10. November. „Tanin" widmet den deutschen Journalisten einen Abschiedsartikel, in dem er versichert, daß sie den besten Eindruck hinterlassen hätten und bittet sie, gute Erinnerungen mit fortzunehmen. Bisher hätten fremde Journalisten, die nach Konstantinopel kamen, wenig Verbindungen mit der osmanischen Presse gehabt und trotz aller ihnen bewiesenen Herzlichkeit sich in dem engen Milieu Peras gefallen, das der osmanischen Welt so außerordentlich fern liegt. So hätte sich ihr Verständnis der Türken und der Türkei in Pera beschlossen gefunden. Wenn man daher in wahre Beziehungen zu den Türken trete, lehre man, wie falsch die nicht auf dem Grund der Dinge gehenden Urteile seien. Zweifellos, sagt der „Tanin", haben wir Fehler, aber wir haben auch diese gute Seiten, darunter ein treuherzigstes Herz. Von unseren Kollegen Abschied nehmend, mit einem Herzen voll wärmer Empfindung wünschen wir, daß die zwischen ihnen und uns geknüpften Verbindungen dauern mögen. So werden die beiden Pressen ihre gemeinschaftlichen Aufgaben am besten erfüllen können und die beiden befreundeten und verbündeten Länder wechselseitig nur größeren Nutzen davon haben.

Schweiz.

— Bern, 12. November. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Durch die Stichwahlen zum Nationalrat hat die sozialistische Partei von 23 wiederbesetzten Sitzen drei erhalten, darunter zwei infolge von Zugeständnissen anderer Parteien. Der Block der bürgerlichen Parteien hat besonders auch in Basel und Neuenburg gesiegt. Der Sozialist Sigg ist in Genf gewählt worden, da er auch auf der Liste der bürgerlichen Parteien stand, während das Ergebnis einer zweiten Stichwahl noch nicht sicher ist, da der Jungfreisinnige Willemin und der Demokrat Derabours sich in der Stimmengahl sehr nahe kommen. Im Tessin sind alle sieben Anwärter der bürgerlichen Parteien bei Stimmenthaltung der Sozialisten gewählt worden.

Dänemark.

Von neutralen Preßstimmen verdient folgende besondere Beachtung:

Kopenhagen, 12. November. „Socialdemokraten" erörtert die neuerliche Haßverweigerung der Mehrheit für die Berner Friedenskonferenz. Früher, sagt das Blatt, galt England als Hort der Freiheit, jetzt erhebt sich immer lebhafter die Frage in allen Ländern: „Führt der Krieg auch England auf immer reaktionärere Bahnen?" Wir glauben, das englische Volk wird sich in immer stärkerem Grade die friedens- und freiheitsfeindliche Politik der kapitalistischen Kreise Englands, die mit ihren immer offensivlicheren Annexionszielen der Hauptgrund für die neue Staatsumwälzung in Rußland ist, das den Frieden haben muß, um die Freiheit zu retten.

Großbritannien.

— Ueber die Lage im Kohlengebiet von Süd-Wales wurde der „Times" vor kurzem aus Cardiff folgendes berichtet:

Die Lage in Süd-Wales ist gefährlich. Am 1. oder 2. November soll die Abstimmung über den Generalstreik unter den Bergarbeitern stattfinden. Es handelt sich um viel mehr, als darum, ob die Arbeit ein Tausend Arbeitern mehr oder weniger erhält. Sondern der Pacifismus im Geiste eines Macdonald oder Snowden versucht, mit Hilfe der Arbeitermassen von Süd-Wales, die Bergbau-Industrie zu lähmen und dadurch den Krieg zu beenden. Aus der Geschichte des Streiks fold folgende Punkte von Wichtigkeit: Zu Beginn des Krieges haben sich zunächst 50 000 Bergleute aus Süd-Wales freiwillig zum Heeresdienst gestellt. Damit die Kohlenproduktion nicht geschädigt wurde, mußte man die weitere Rekrutierung im Bergwerksgebiet verbieten. Als dann aber 1917 neue Rekruten verlangt wurden, willigte am 21. April 1917 der Bergarbeiterbund von Großbritannien ein, daß zunächst solche Leute eingezogen werden sollten, die erst nach Ausbruch des Krieges im Bergbau Beschäftigung gefunden hatten. Die Regierung verlangte im ganzen 21 000 Rekruten aus dem Bergbau, von denen 4575 auf Süd-Wales entfielen. Das „Auskämmen" begann, wurde aber wegen gewisser Schwierigkeiten doch wohl Widerstand der einzuziehenden Leute — jetzt. Rdo.) eingestellt. Im Sommer erklärte sich der Bergarbeiterverband von Großbritannien erneut damit einverstanden, daß die unverbrauchten Feldtauglichen von 18 bis 41 Jahren, die erst im Laufe des Krieges Bergleute geworden waren, eingezogen werden. Indessen erklärte sich eine Konferenz von Delegierten der Bergarbeiter in Süd-Wales am 8. Oktober gegen dieses Auskämmen und beschloß, eine Abstimmung darüber zu veranstalten, ob ein Generalstreik beginnen werden soll, falls die Regierung bei ihrem Rekrutierungsplan bleibt. Diese Konferenz vom 8. Oktober war beherrscht von jungen, energischen Anhängern der „Unabhängigen Arbeiterpartei". Die älteren Bergarbeiter finden nämlich, daß die jungen Heißsporne ihre Interessen am besten vertreten, und so überlassen sie ihnen die Besorgung der Vereinsangelegenheiten. So hat zum Beispiel fürstlich ein Bergarbeiterverein von 800 Mitgliedern eine Resolution zugunsten des Verständigungsfriedens angenommen. Aber die Versammlung, die diese Resolution annahm, war nur von 18 Mann besucht, von denen zehn dafür und acht dagegen stimmten. So waren diese zehn zehn verschiedenen Leute — vielleicht die einzigen Pazifisten im ganzen Verein — imstande, im Namen der 800 aufzutreten. Auf dieselbe Weise kamen auch die Wählen der Delegierten zu der Konferenz am 8. Oktober zustande. Die pazifistische Konferenzmehrheit repräsentiert aber die wirkliche Stimmung der Mehrheit der Bergarbeiter keineswegs. Auch der Exekutivrat des Bergarbeiterbundes hat sich gegen den Generalstreik ausgesprochen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Aus dem „Reichs-Gesetzblatt".

Nummer 199 des „Reichs-Gesetzblatts" enthält das Gesetz zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes, vom 31. Oktober 1917, eine Bekanntmachung über den Verkehr mit Schutzhölzen, Schlenenschonern, Schlenenbefestigungen und Lederersatzstoffen vom 4. Januar 1917 und eine Verordnung über Höchstpreise für Hafernährmittel und Teigwaren, vom 6. November 1917.

Vormundschaftswesen in Preußen.

Was Vormundschaftspflege und Fürsorgerziehung in Preußen bedeuten, geht aus den Angaben der Justizstatistik über familienrechtliche Angelegenheiten für 1916 hervor. Das „Justizministerialblatt" veröffentlicht die alljährlichen tabellarischen Uebersichten über die Geschäfte bei den preußischen Amtsgerichten.

Nach diesen bestanden am 31. Dezember 1916 in Preußen 969 404 (Ende 1915 965 259) Vormundschaften, 192 460 (181 554) Pflegschaften und 40 137 (38 614) Beistandschaften; das sind zusammen 1 202 001 (1 185 427) Fälle von allgemeiner, die Person und das Vermögen einer geschäftsfähigen oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person betreffender oder auf einzelne Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten einer Person oder einer Vermögensmasse gerichteter Fürsorge. Andere familienrechtliche Angelegenheiten wurden 186 232 (206 844), Fürsorgeerziehungssachen 19 432 (16 783) anhängig. Im Jahre 1916 wurde die Fürsorgeerziehung angordnet durch 1015 (im Vorjahre 1915 durch 1089) Beschlüsse, weil die Voraussetzungen des § 1666 BGB. vorlagen, durch 1174 (1089) Beschlüsse, weil der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hatte, und durch 8207 (7065) Beschlüsse, weil die Fürsorgeerziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig war. Die Zahl der Beschlüsse, durch die eine Fürsorgeerziehung abgelehnt wurde, betrug 1171 (971); vorläufige Unterbringung wurde in 7421 (6180) Fällen angeordnet. Man ersieht aus diesen Zahlen, daß im ganzen eine erhebliche Zunahme der familienrechtlichen, Vormundschaft und Fürsorgeerziehung betreffenden Angelegenheiten in Preußen innerhalb Jahresfrist erfolgt ist.

Aus dem „Armee-Verordnungsblatt".

Dienstgradbestimmungen für deutsche Kriegsgefangene.

Die von den Truppenteilen ausgestellten deutschen Bescheinigungen für kriegsgefangene Unteroffiziere und Mannschaften über den den ihnen erlangten Dienstgrad dürfen von den Angehörigen nicht unmittelbar an die Kriegsgefangenen übersandt werden. Die Uebermittlung erfolgt auf diplomatischem Wege durch das Kriegsministerium.

Die Truppenteile haben die Bescheinigungen daher — unter Angabe der genauen Adresse der Kriegsgefangenen und der Adresse der Gewährsleute — dem Kriegsministerium (Unterkunfts-Departement) vorzulegen, welches das Weitere veranlassen wird. Die Gesuchsteller sind dahin zu bescheiden, daß ihre Anträge auf dem Dienstwege erledigt würden.

Gepäck bei Reisen in Oesterreich-Ungarn.

Militärpersonen, die bei der Rückreise nach Deutschland ihre Reise in Oesterreich-Ungarn unterbrechen oder dort antreten, wird empfohlen, ihr Reisegepäck vor den bahnamtlichen Aufgabe bei den auf dem Bahnhof eingerichteten Zollamt untersuchen und unter Zollkontrolle nehmen zu lassen, wobei die Herkunft von etwa mitgeführten Lebensmitteln als aus dem besetzten Gebiet stammend nachgewiesen werden muß. Andernfalls laufen die Besitzer Gefahr, daß ihr aufgegebenes Gepäck beim Austritt aus Ungarn oder Oesterreich ohne ihr Wissen zwecks nachträglicher Untersuchung zurückgehalten wird.

Bei der Abreise von Orten ohne Bahnzollamt empfiehlt es sich, das Gepäck im Eisenbahnabteil bei sich zu führen. Ueberhaupt ist es bei der außerordentlichen Belastung der Eisenbahnen erwünscht, das Reisegepäck nach Menge und Verpackung möglichst so einzurichten, daß es im Eisenbahnabteil untergebracht werden kann. Wertvolleres Gepäck, das bahnamtlich aufgegeben werden soll, ist zweckmäßig zu versichern. In Oesterreich-Ungarn besteht eine auf fast allen wichtigeren Bahnhöfen vertretene private Versicherungsanstalt, die die Versicherung gegen eine verhältnismäßig geringe Gebühr übernimmt.

Reich und Bundesstaaten.

* Vollversammlung der Bromberger Handelskammer. Am Donnerstag verhandelte, wie die „Ostdeutsche Rundschau" berichtet, die Handelskammer Bromberg über den Plan der rechtsseitigen Bradnetzbahn, die nach Brahnau führen soll, um den Sägewerken einen Anschluß an die Bahn zu schaffen. Bei der der Sitzung teilnehmende neue Regierungspräsident von Bülow sprach sein lebhaftes Interesse für das Projekt aus. Sodann berichtete Stadtrat Salomonsohn aus Bromberg über den Plan einer Bahn Bromberg—Fordon—Bartschin. Es wird in Aussicht genommen, sofort nach Friedensschluß mit der Ausführung der Bahn Bromberg-Fordon-Schilling aus Gnesen berichtete über die Tätigkeit des Komitees für eine Eisenbahnprojekt Gnesen — Schroda — Schrimm. Die Handelskammer nimmt Kenntnis von einer Entschließung des Vorstandes des Komitees für dieses Projekt vom 5. November d. J., die folgenden Wortlaut hat: „Der Vorstand des Gnesener Bahnkomitees Gnesen—Schrimm beschließt, nachdem das Bahnprojekt einer staatlichen Nebenleisenbahn Schrimm—Lissa fallengelassen ist, eine Fortsetzung der erstreben Nebenleisenbahn Gnesen—Schrimm nach Gostyn—Punitz—Bojanowo in Aussicht zu nehmen." — Stadtrat Benzsch trug verschiedene Wünsche des Bezirks des Wasserverbands vor, u. a., daß sich das Bestehen der alten Schleusenanlage mit überaus großem Nutzen erwiesen habe. Die Handelskammer stimmte dem zu und beschließt, sich mit der Stadtverwaltung Bromberg deswegen in Verbindung zu setzen, um diese zu bewegen, von dem Ankauf der Schleusenanlagen Abstand zu nehmen. — Der Deutschen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime soll ein Beitrag von 500 ℳ für den Bau eines Kaufmannserholungsheims bei Moschin zur Verfügung gestellt werden.

* Gegen heimliche Schlachtungen. Die Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern teilt mit: Heimliche Schlachtungen scheinen auch in Württemberg in größerem Umfang vorzukommen. Den Anreiz dazu bietet, daß das aus ihnen gewonnene Fleisch im Wege des Schleichhandels zu Wucherpreisen leicht findet. Durch diese Schlachtungen wird die Fleischversorgung der Allgemeinheit schwer beeinträchtigt. Ihre Aufdeckung begegnet aber infolge der Ueberlastung der Polizeibehörden und der Gerissenheit der Geheimschlächter und Schleichhändler großen Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen ist es dringend erforderlich, daß jeder, der von solchen Schlachtungen Kenntnis erhält, dies zur Kenntnis der Polizei-Behörden bringt. Personen, welche sich um die Aufdeckung heimlicher Schlachtungen verdient machen, erhalten von der Fleischversorgungsstelle, die hierin dem Beispiel anderer Bundesstaaten folgt, Belohnungen, welche bei der Mitwirkung zur Entdeckung größerer Geheimschlächtereien bis zu 300 ℳ gehen können.

* Neues Industriegelände bei Altona. Der Altonaer Stadtbauinspektor Kalkhof macht über das neue Industriegelände der Stadt Altona an der Staatsbahn Altona—Kiel in der „Deutschen Bauzeitung" Mitteilungen. Rund 70 Hektar sind längst der Altona—Kieler Bahn von der Stadt erworben, zur Aufschließung bearbeitet und die Bauarbeiten so gefördert, daß sogleich nach der Kriegsbeendigung mit der bau- und verkehrsreisen Bereitstellung eines großen Teiles dieses neuen Gebietes gerechnet werden kann. Hier soll Land zum Verkauf, im Erbbau und zur zeitweiligen Verpachtung den Interessenten von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Das neue Gebiet liegt so, daß es in unmittelbare Verbindung mit dem Altenfener Industriegebiet gebracht werden kann; es erhält einen besonderen Bahnanschluß, in dem die Ausschreibung der in hunter Reihe von der Staatsbahn aufgestellten Wagen nach den einzelnen das Gebiet durchziehenden Gleisen Straßen sachlich erfolgen soll. Die Bedienung der einzelnen Fabriken, mit Eisenbahnwagen soll täglich zweimal erfolgen. Die Leistungsfähigkeit des städtischen Rangierbahnhofs ist auf 120 000 Wagen jährlich abgestimmt, ließt also den weitestgehenden Anforderungen Rechnung. Außerdem soll ein neuer Bahnhof bei der nördlichen Industriebahn errichtet werden; er soll Ersatz bieten für den jetzt noch vorhandenen Bahnhof Altona-Bahrenfeld, der in den Bahnhof Altona-Bahrenfeld angeschlossenen Industriebahnhof und soll damit im Interesse aller von dort aus bedienten Anschlußnehmer eine Entlastung dieses im Haushaltsjahr 1916 von 30 357 Güterwagen benutzten Bahnhofs bewirken. Der neue Bahnhof gewinnt ferner noch besondere Bedeutung dadurch, daß durch ihn ein unmittelbarer Wechselverkehr zwischen dem bisher durch Schmalspurgeleise aufgeschlossenen Industriegebiet mit dem nun neuen normalspurigen angeschlossenen Gelände gewährleistet wird. „Die Aufschließung des Geländes wäre nicht vollständig, würde nicht zugleich für die Bereitstellung des erforderlichen Baulandes gesorgt, auf dem die im neuen Gebiet Beschäftigten um billige Preise Wohnungen finden können. Die Bebauungspläne des unmittelbar benachbarten Gebietes sind fertig, und es ist darauf Rücksicht genommen, daß sowohl der Bau größerer Mietshäuser als auch von Kleinwohnungen zulässig ist. Mit voller Absicht ist diesem Wohngebiete auch noch der Vorzug geworden, daß der 115 Hektar umfassende Park mit seinen prächtigen Ausläufer sich bis in dieses Wohngebiet hinein und unmittelbar an das industrielle Industriegebiet Fenan erstreckt. Auf gute Straßenbahnverbindungen mit dem Zentrum der Stadt und damit zugleich mit dem benachbarten Hamburg ist Wert gelegt."

* Zur Salzversorgung im badischen Lande. Man schreibt der „Badischen Presse": „In den letzten Tagen hat sich ungemeinde Salzmuhe in den Stadt Karlsruhe unangenehm bemerkbar gemacht. In einzelnen Lebensmittelgeschäften waren die Vorräte vollständig ausverkauft, so daß einzelne Familien nicht mit dem für die Küche so notwendigen Salz versorgt werden konnten. Da dieser Mangel in der Bevölkerung Beunruhigung verursachte, hat sich der Oberbürgermeister an die hier in Betracht kommende staatliche Behörde gewandt mit der Bitte um beschleunigte Zufuhr von Salz. Vom Finanzministerium ist auf diese telephonische Bitte hin dem Oberbürgermeister ein Schreiben zugegangen, in dem der Finanzminister Aufschluß gab über die Salzversorgung in Baden. Wie in dem Schreiben mitgeteilt wird, arbeiten die badischen Salinen zurzeit unter den schwierigsten Verhältnissen. Insbesondere hat im Sommer die Kohlenzufuhr nach Rorp-nau gestockt und in der letzten Zeit hat sich empfindlicher Wagenmangel fühlbar gemacht. Es konnten daher nicht immer die sonst üblichen kurzen Lieferfristen eingehalten werden. Dazu kam, daß sich der Händler und der Publikums eine gewisse Unruhe bemächtigt hat, die zu sehr starken Salzeindeckungen — eine Art Hamsterei — geführt hat. An die Salinen sind daher Anforderungen herangetreten, die weit über das gewöhnliche Maß hinausgehen. Trotz dieser Schwierigkeiten aber wurden in den letzten drei Monaten von den Salinen mehr Speisesalze geliefert als im Jahre zuvor. Die beiden Salinen haben nämlich in der Zeit vom 1. August bis 1. Oktober 1917 ausschließlich nach badischen Orten 4 536 000 kg Speisesalz geliefert, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 4 260 250 kg versandt wurden. Nach Karlsruhe sind in der letzten Woche von Rappenau 75 000 kg Salz abgegangen und es waren noch weitere 10 000 kg verladen worden, wenn nicht wegen Ueberlastung der Züge Eisenbahnwagen ausgeblieben wären. Aus diesen Mitteilungen kann also mit Befriedigung ersehen werden, daß die badischen Salinen auch in dieser Zeit nicht versagt haben, der Mangel an Salzzufuhr lediglich durch Stockungen im Eisenbahnverkehr seine Ursache hatte. Im übrigen hat der Finanzminister dem Oberbürgermeister weiter mitgeteilt, daß er die Eisenbahnverwaltung veranlaßt hat, die Salzzufuhr nach Karlsruhe zu beschleunigen.

* Freistellenstiftung für erholungsbedürftige Kaufleute und Techniker. Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime, Wiesbaden, hat, so wird uns mitgeteilt, zur Erinnerung an ihren Anfang dieses Jahres verstorbenen Begründer, Kommerzienrat Joseph Baum, eine Freistellenstiftung errichtet, der von Freunden der Gesellschaft bereits erhebliche Summen zugewendet worden sind. Durch die Stiftung sollen die Heime der Gesellschaft notleidenden Angehörigen von Handel und Industrie unentgeltlich gemacht werden, die infolge Krankheit oder anderer Unglücksfälle nicht in der Lage sind, den Verpflegungssatz in den Heimen, der übrigens auch in dem zu Ende gehenden Jahre nur 3,30 ℳ täglich betragen hat, zu bezahlen. Die Stiftung wird außer den kaufmännischen und technischen Angestellten besonders minderbemittelten selbstständigen Kaufleuten zugute kommen, für die entsteht von der Reichsversicherung gesorgt wird. Eine schon häufig empfundene Lücke wird damit in dankenswerter Weise ausgefüllt.

* Jubiläum der Huldschinsky-Werke in Gleiwitz. Der „Oberschlesische Anzeiger" berichtet: Zu einer eindrucksvollen Feier gestaltete sich das 50 jährige Jubiläum der Huldschinsky-Werke. Als Delegierter des Generalkommandos und Kriegsamtes war Major Staverhagen erschienen. Er gedachte in markigen Worten der tapferen Kameraden an der Front und ging ausführlich auf die Bedeutung der Arbeit in den Munitions- und Waffenwerkstätten ein. Mit dreifachem Hurra überreichte Major Staverhagen einer großen Zahl von Beamten und Arbeitern das ihnen verliehene Verdienstkreuz für Kriegshilfe. Sodann sprach er noch herzliche Glückwünsche des Kriegsministeriums für die weitere Entwicklung des Werkes aus. Nunmehr machte Kommerzienrat Hirschberg mit warmen Worten des Dankes Mitteilung von der Stiftung des Herrn Oskar Huldschinsky, aus der jährlich 20 Arbeitern des Werkes je 500 Mark zufließen sollen, und übergab den zunächst Bedachten die reiche Spende in Form von Kriegsanleihe. Der stellvertretende Vorsitzende der Aufsichtsrats, Kommerzienrat Herve aus Breslau, würdigte darauf in eingehenden Betrachtungen die hervorragenden Leistungen der Werke während der 50 Jahre ihres Bestehens und dankte vor allem dem verdienstvollen Leiter, Kommerzienrat Dr. Niedt, sowie den Mitarbeitern, Beamten und Arbeitern für ihre treuverdienstliche Tätigkeit. In Würdigung dieser Leistungen bestimmte der Aufsichtsrat anläßlich des Jubiläums eine halbe Million Mark für Beamte und Arbeiter und überwies gleichzeitig dankbar für die vielseitigen Unterstützungen der Stadt Gleiwitz, dieser 10 000 Mark zur freien Verfügung. Die Glückwünsche der Technischen Hochschule überbrachte der deren Rektor magnificus Professor Heinel. Er hob die großen Verdienste hervor, die Kommerzienrat Dr. Niedt um die Errichtung der Hochschule erworben, und dankte für das dauernd bekundete Interesse an deren weiterer Entwicklung. Dem Direktor Mälcher überbrachte Professor Heinel die Ernennung zum Dr.-Ing. ehrenhalber, wie die Urkunde sagt „für verdienstvolle Förderung der Werkzeugmaschinen". Nunmehr ergriff Oberbürgermeister Mietbe, der mit einer Abordnung des Magistrats und der Stadtverordneten erschienen war, das Wort, um bekannt zu geben, daß die städtischen Körperschaften einstimmig beschlossen hätten, Kommerzienrat Dr. Niedt wegen seiner Verdienste um die Stadt Gleiwitz zu deren Ehrenbürger zu ernennen. Herr Niedt gab seinem Dank für diese große Ehrung beredten Ausdruck und dankte gleichzeitig für die zahlreichen Glückwünsche, die der Gesellschaft und ihm zugekommen seien.

Bekanntmachung.

Schneebeseitigung im Landespolizeibezirk Berlin.

Bei Glatteis und Schneefällen im kommenden Winter wird es der größten Anstrengung aller Kräfte bedürfen, um den Verkehr aufrecht zu erhalten und dadurch den unbedingt notwendigen Transport der Kriegsgüter und Lebensmittel zu ermöglichen. Die Zahl und die Kräfte der Pferde sind vermindert, sie können nur ausreichen, wenn die Fahrbahn dauernd freigehalten wird. Alle Anstrengungen sind daher auf die Reinigung der Straßendämme zu richten. Der Bürgersteig und die Bequemlichkeit der Fußgänger müssen zurücksehen.

Im vertrauen, daß auch in diesem Jahr ebenso und mehr noch als früher die freiwillige Mitarbeiter der Bürgerschaft sich bewähren wird. Von den städtischen Behörden wird nach einem bereits einbedachten Plane jede mögliche Hilfe gewährt werden.

Zur weiteren Ausführung der Schneebeseitigung bestimme ich hiermit für den Landespolizeibezirk Berlin, nach Einvernehmen mit den Stadtverwaltungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851:

§ 1. Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, von seinem Grundstück den Straßendamm bis zur Mitte von Schnee und Eis zu reinigen, und zwar hervor die Reinigung des Bürgersteiges erfolgt. In Straßen mit mehreren Fahrdämmen hat der Hausbesitzer den unmittelbar vor seinem Grundstück gelegenen Straßendamm ganz von Schnee und Eis zu reinigen. Die Verpflichtung der Straßenbahnen zur Reinigung der Gleise von Eis und Schnee bleibt unberührt. Bei Schneefällen am Tage hat die Arbeit sofort, bei nächtlichen Schneefällen am frühen Morgen, spätestens um 6½ Uhr, zu beginnen. Der Schnee soll in der Regel auf dem Bürgersteig nahe der Bordsteinkante aufgeschichtet werden.

§ 2. Der Hausbewohner im Alter von 14 bis zu 60 Jahren ist verpflichtet, den Hausbesitzer oder dessen Beauftragten bei der Reinigung des Straßendammes von Schnee und Eis zu unterstützen, soweit er hierzu körperlich imstande ist. Seine Verpflichtung tritt ein mit der Aufforderung durch den Hausbesitzer, sich an der Reinigung des Straßendammes von Schnee und Eis zu beteiligen. — Der Hausbesitzer hat sofort ein Verzeichnis sämtlicher nach Abs. 1

Ihre Beute ist meist so üppig, daß sie gemeinsam drei Tage jubelnd davon zehren können.

Cooper in den Bleikammern Venedigs.

In ausländischen Blättern wird kürzlich mitgeteilt, daß in Venedig die sogenannten „Brunnen", die unterirdischen Keller des fürchterlichen Rates der Zehn, jetzt zur Aufbewahrung der Schätze aus Kolibarkirchen benutzt werden. Diese „Brunnen" sind eine berühmte Sehenswürdigkeit Venedigs, die viel von Fremden besucht wurden, aber einem solchen Besuch, wie ihn seinerzeit der berühmte Schriftsteller James Fenimore Cooper, dem Verfasser der Lederstrumpferzählungen, beinahe gefährlich wurden. Cooper besah 1826 in Venedig die an den Wänden der „Brunnen" angebrachten Auslassungen und Stoßseufzer der Verurteilten. Er hat seinen Führer, ihn zu diesem Zweck Satt zu lassen. Der Beamte, dem die Sache natürlich langweilig werden mußte, entfernte sich mit der Absicht, den Fremden später wieder abzuholen. Mit der Lampe in der Hand erforschte nun Cooper die verwitterten Inschriften, die vom Staube der Jahrhunderte fast unlesbar geworden waren. Nach vielem Wandern und Forschen in den entsetzlich feuchten Räumen erinnerte ihn der zur Neige gehende Docht der Lampe, daß er wohl lange, sehr lange verweilt habe, und nun suchte und tief er beunruhigt nach dem Führer, aber vergebens. Er rufen an der schweren Eisentür sich durch heftiges Klopfen bemerkbar zu machen. Es hörte ihn niemand. Bei dem letzten Schein der Lampe sah er nach der Uhr und bemerkte, daß er bereits seit 6 Stunden da unten war. Was blieb ihm übrig, als sich darauf gefaßt zu machen, die Nacht hier zu verweilen. Tappend fand er eine jener höllernen Lagerstätten, die zum Gebrauche der Gefangenen vorhanden waren, und sank darauf nieder. Hier verbrachte er eine schlaflose Nacht. Wohl zwanzigmal tappte er wieder an der Eingangspforte, die er aber ebensoviel durchfragen konnte wie die Kerkerwände. Nach vielem Suchen gelangte er endlich an eine mannshohe Oeffnung. Seinen Arm hindurchstreckend, bemerkte Cooper, daß diese verschiebbar war, und irgendeine Verbindung abwärts, begann er wieder hineinzurennen, aber alles blieb still. Die Auffassung und Geschöpfung hingegeben, verfiel er in einen Zustand körperlicher und geistiger Abspannung. Endlich aber erschien eine Anzahl fackelnd tragender Männer, die den Dichter fanden und ihn der beinahe 24 Stunden gefastet hatte, ans Licht brachten.

Französische Kuriosa.

Die Franzosen waren zu Beginn dieses Krieges von einem großen Nationalstolz für die roten Hosen ihrer Soldaten erfüllt. Das Rot für diese Hosen wurde aber in einer deutschen Fabrik, und zwar in Ludwigshafen, hergestellt. — Von 1780 bis September 1870 hat Frankreich fünfzehn verschiedene Verfassungen gehabt. — Die Zahl der des letzteren Unkundigen betrug im französischen Heere vor dem Kriege 16 % im deutschen 0,005. — Zu der Belagerung von Paris endigenen Verhandlungen zum Waffenstillstand machten die Franzosen aus, daß sie die letzten Schüsse tun dürften.

Niederlagen, Verluste, Vorgänge im feindlichen Lager und Land wie im Feinde), Sagen (aus Ansätze zur Heldensage), religiöse Gesichte, Legenden, Wundermythen, Ueberdrehungen und Lügen, Aberglauben, Visionen, beziehende Stimmungen der großen Zeit, auch bloße Zeichen der Aufregung. Daneben sind von Wichtigkeit Abschriften solcher Feldbriefe, die über das innere Leben eines Kriegsteilnehmers bedeutenden Aufschluß geben; ebenso Tagebuchäußerungen und Aufzeichnungen von Gesprächen ähnlichen Inhalts. Es wird gebeten, den Mitteilungen charakteristische Angaben über ihre Ursachen und die Person des Urhebers oder der Mittelsperson, sowie Namen und Anschrift des Einsenders beizufügen.

Neues aus den Berliner Museen.

Der außerordentlich langsame, stets durch neue große Schwierigkeiten gehemmte Fortschritt der Neubauten auf der Museumsinsel, für deren Messelsche Pläne der Kaiser nun schon vor zehn Jahren die Zustimmung erteilte, macht es der Generaldirektion zur Pflicht, durch Einbauten im Kaiser Friedrich-Museum für wichtige Neuerwerbungen Platz zu schaffen und weniger wichtige Teile zu schließen. So ist jetzt in der Abteilung der deutschen Plastik noch ein Stück der früher von den italienischen Gipsen belegten Säle hinzugekommen. Hier sieht man in schöner Aufstellung die in den letzten Jahren neuerworbenen Werke des deutschen Barock und Rokoko. Generaldirektor Dr. v. Bode bewegt die Gelegenheit, um in den „Amtlichen Berichten" den Wert und die Entstehung dieser etwas versteckt aufgestellten Sammlung zu schildern. Er widerlegt die Meinung, als wenn erst jetzt für diese Sammlung, nur um das künftige Deutsche Museum zu füllen, mit aller Gewalt drauflosgekauft würde. Allerdings mußte die Sammeltätigkeit auf diesem Gebiete durch die Aussicht auf das eigene Museum, das schon längst eine Pflicht für die Reichshauptstadt gewesen wäre, zum Teil eine neue Richtung erhalten. Umfangreiche Werke, wie der große Tiroler Altar aus Gmart, das mittelalterliche Altarwerk aus dem Dom in Minden, der große niederländische Altar aus der Sammlung Weber, der gewaltige rumänische Kruzifixus aus Naumburg, eine Anzahl großer mittelalterlicher Grabplatten, vor allem die vorzüglichen, lebensgroßen Steinfiguren von der Fassade der Trierer Liebfrauenkirche, Hauptwerke aus früherer gotischer Zeit, sowie verschiedene gemalte Altartafeln des Mittelalters sind mit Rücksicht darauf erworben, konnten aber nur zum kleineren Teil bisher provisorisch aufgestellt werden. Wie diese in den beiden großen mittelalterlichen Kirchenräumen des Neubaus Platz finden werden, so werden zwei schon seit langer Zeit magazinierte kolossale Steinportale von Schlüter und der im Vorraum des Kunstgewerbemuseums notdürftig untergebrachte herrliche große Altar aus Mannheim den würdigen Hauptschmuck der großen Barocksäle bilden. Wie Bode ankündigt, wird sich, wie in den letzten Jahren, so auch bei der Versteigerung der Sammlungen von Kaufmann und Gumprecht Gelegenheit geben, verlorene Lücken der Sammlung altdeutscher Plastik zu schließen. ar.

Verkäufe der Großen Berliner Kunstausstellung 1917. Gemälde: Karl Boehme, Karlsruhe „Heiligdomms-Kippen"; W. Müller-Schoenefeld, Berlin „Kardinalstuhle"; Karl Denike, Berlin „Wiesenbang im Riesengebirge"; Julius Jacob, Berlin „Kaisers Geburtstag"; Fritz Grotemeyer, Berlin „Brunnen der Hochzeit zu Kana in Galilea"; Carl Weis, Berlin „Weberstube"; Victor Pavenstedt, Berlin „Kopf einer alten Frau"; Siegfried Mackowsky, Dresden „Ansicht aus Dresden"; Wilhelm Bröker, Bad Kösen „Dorfwinkel"; Victor Wurl, Dresden „Stille Heide"; Plastik: Chm. Gomansky, Berlin „Königspingwin"; Graphik: Marianne von Buddenbrock, Berlin, „Studentenblumen" (farb. Holzsch. 4 Exemplare); Julius Pirlet (farb. Holzsch., 15 Exempl.); Erna Halleur, Berlin „Gelbe Rosen" (farb. Holzsch., 5 Exempl.); J. Teichmann, Frankfurt a. M. 20 verschiedene Steindrucke aus einer Kinderserie; „Trauernde" (Originalzeichnung).

Große Berliner Kunstausstellung und Kriegsbilderausstellung in der Berliner Akademie der Künste. Die Große Berliner Kunstausstellung, die zurzeit in der Akademie der Künste am Pariser Platz stattfindet, wird am 15. November geschlossen. Etwa ein Drittel aller ausgestellten Bilder ist bisdahin verkauft worden — ein bisher einzigartig günstiges Ergebnis. Eine vom österreichischen Kriegspressequartier eingerichtete Ausstellung von Kriegsbildern wird sich in den Räumen der Akademie an die Große Berliner Kunstausstellung anschließen.

Aus aller Welt.

Frauen in Munitionsfabriken.

Als es in England einigen Tadies einfiel, in eine Munitionsfabrik zu gehen, machten die Zeitungen unserer einstigen Vetter großes Aufheben davon, wie wenn damit die Rhetorage der Amtelmäcke geschieht gewesen wäre. In Deutschland haben längst vorher nicht bloß einfache Arbeiterinnen, sondern auch zahlreiche Mädchen und Frauen der mittleren und höheren Stände sich bereit gefunden, in Munitionsfabriken zu arbeiten, ohne dafür auf die Reklametrommel zu schlagen. In Oldenburg gingen die Frau und die Tochter eines Ministers mit gutem Beispiel voran und ihnen folgten vierhundert Frauen. Im Si

verpflichteten Hausbesitzer aufzustellen und durch Umfrage festzustellen, wer von diesen freiwillig zu helfen bereit ist. Reicht bei Schneefall die Hilfe der Freiwilligen nicht aus, so ruft der Hausbesitzer die im Hause anwesenden Verpflichteten zur Hilfeleistung herauf und, daß die Verpflichteten möglichst gleichmäßig herangezogen werden. Stellvertretung der Verpflichteten ist zulässig. Verweigert ein Verpflichteter die Hilfeleistung ohne ausreichenden Grund, so untersteigt er der Bestrafung aus § 9 dieser Verordnung.

§ 3. Die zur Reinigung von Schnee und Eis erforderlichen Geräte hat der Hausbesitzer zur Verfügung zu stellen.

§ 4. Den Hausbesitzern im Sinne dieser Verordnung stehen diejenigen Hausverwalter gleich, welche den Polizeibehörde gegenüber die Reinigung der Hauptgeleise übernommen haben (§ 6 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912).

§ 5. Hausbesitzer oder -bewohner, welche den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ bestraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
von Kessel, Generaloberst.

In der Reichshauptstadt.

Der Kaiser an die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Auf das Huldigungstelegramm des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gelegentlich seiner zweiten Kriegstagung am 8. November ist folgende Antwort eingegangen:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben den Huldigungsgruß der zur zweiten Kriegstagung versammelten Vertreter landwirtschaftlicher Genossenschaften gern entgegengenommen und lassen für das Gelöbnis treuen Durchhaltens im Wirtschaftskampfe herzlich danken."

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin:

§ 1. Reste und Abfälle von Brot und Backwaren, Kartoffeln, Kartoffelschalen, Gemüsen und Früchten aller Art, soweit sie nicht zur menschlichen Ernährung dienen, oder im eigenen Haushalte oder Betriebe verfüttert werden, sind von den Haushaltungsvorständen und den Inhabern und Leitern von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben getrennt von allem Kehricht und Müll, Glassplittern, Nägeln, Nadeln, Papierresten usw. zu sammeln und an die vom Grundstückseigentümer auf dem Grundstück eingerichtete Sammelstelle abzuführen. Die Abführung an diese Sammelstelle hat mindestens an jedem zweiten Tage zu erfolgen.

Jede anderweitige Verfügung über diese Abfälle, insbesondere ihre Ueberlassung an Dritte ohne oder gegen Entgelt, Verbrennen oder sonstiges Vernichten derselben, ist verboten.

In Fällen, in denen eine wirtschaftliche Verwertung der Abfälle schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung durch Verfüttern außerhalb des eigenen Haushalts oder Betriebes nachweislich stattgefunden hat, können auf Antrag des Sammelpflichtigen seitens des Magistrats Ausnahmen gestattet werden. Auf Beschwerde entscheidet der Oberpräsident endgültig.

§ 2. Jeder Grundstückseigentümer hat zur Sammlung der im § 1 bezeichneten Speiseresten und Küchenabfälle auf seinem Grundstücke an einer bestimmten, den Sammelpflichtigen und Abholern leicht zugänglichen Stelle besondere Behälter, die mindestens 50 l fassen, aufzustellen und diese Gefäße in ordnungsmäßigem und sauberem Zustande zu erhalten.

§ 3. Die Hauseigentümer bzw. deren Verwalter sind verpflichtet, die in den Sammelgefäßen befindlichen Abfälle unentgeltlich den mit einer Ausweiskarte des Magistrats versehenen Personen zur Abholung zu überlassen. Die Abholung wird wöchentlich dreimal erfolgen.

Jede Wegnahme von Abfällen aus den Sammelgefäßen durch andere Personen, auch das Durchsuchen und Durchwühlen der Gefäße durch Personen, welche zur Abholung nicht berechtigt sind, ist verboten.

Ebenso ist die Abholung von Abfällen der im § 1 genannten Art unmittelbar aus den einzelnen Haushaltungen oder gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben durch andere als die im Absatz 1 bezeichneten Personen, sowie mit einer besonderen Ermächtigung gemäß § 1 Absatz 3 erteilt ist, untersagt.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ bestraft.

Sofern die Haushaltungsvorstände und die Inhaber und Leiter von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben die ihnen nach § 1 obliegenden Verpflichtungen Dienstboten oder Angestellten übertragen haben, trifft die Strafe diese letzteren; neben ihnen sind auch die Auftraggeber strafbar, wenn die Zuwiderhandlungen mit ihrem Vorwissen begangen sind, oder wenn sie es bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Beauftragten an der erforderlichen Sorgfalt haben fehlen lassen.

§ 5. Diese Anordnung tritt am 20. November 1917 in Kraft. Zugleich tritt meine Bekanntmachung vom 19. Januar 1915 — D.-Nr. 15598 — für das Gebiet der Stadt Berlin außer Kraft, bleibt jedoch in Geltung für den übrigen in ihr benannten Bezirk.

Die Anordnung gilt, vorbehältlich der Verlängerung, bis zum 30. Juni 1918.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
von Kessel, Generaloberst.

Groß Berliner Verkehrs- und Bebauungsfragen.

bh. Der Verbandsausschuß Groß Berlin hat gestern im Berliner Rathaus eine bedeutungsvolle Sitzung abgehalten, in der eine große Reihe von wichtigen Verkehrs- und Siedlungsfragen eingehend erörtert und im Groß Berliner Sinne erledigt wurde. Die Sitzung erhielt zunächst ein besonderes Gepräge dadurch, daß ihr zum ersten Male der neue Oberpräsident, Staatsminister von Loebell, beiwohnte. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth, begrüßte ihn als Vertreter der Staatsregierung mit warmen Worten; er erinnerte an den von Herrn von Loebell als Minister des Innern herausgegebenen Erlaß über den Schutz der Selbstverwaltung und sprach die Hoffnung aus, daß er diese warme Fürsorge auch in seinem neuen Amte als Oberpräsident betätigen werde. Oberpräsident von Loebell dankte in ebenso herzlicher Weise und versicherte, daß er nach wie vor für die Rechte und den Schutz der Selbstverwaltung eintreten werde. Von grundsätzlicher Bedeutung war der Beschluß, den der Verbandsausschuß nach einem Bericht des Verbandsdirektors Dr. Steiniger über die von den zuständigen Kriegswirtschaftsstellen jetzt erneut vorgenommene Prüfung über größere Kohlenersparnisse durch eine etwaige weitere Beschränkung des Straßenbahnverkehrs faßte. Der Beschluß lautet: Der Verbandsausschuß Groß Berlin vertritt grundsätzlich den Standpunkt, daß eine weitere Einschränkung des Straßen- und Schnellbahnverkehrs unmöglich ist. Entsprechend diesem Beschluß wird die Verbandsleitung des Verbandes wie bisher auch für die weitere Kriegszeit die Groß Berliner Verkehrsinteressen in der Frage der Kohlenersparnisse nachdrücklich vertreten.

Zur Eierversorgung im Winter.

Die Zentraleinkaufsgesellschaft wird nach ihrer Erklärung voraussichtlich im kommenden Winter die für die Eierversorgung vereinigten Städte nicht in demselben Umfang wie im vorigen Winter mit Eiern versorgen können. Um den zu erwartenden Ausfall soweit als angängig auszugleichen, haben sich die Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf entschlossen, große Mengen Eier zu konservieren. Da die Kühlhäuser der Stadtgemeinde Berlin, die Eierkühlräume enthalten, schon seit einiger Zeit vertragsmäßig anderweit in Anspruch genommen sind, würden in anderen Großstädten geeignete Kühlräume gemietet, in denen die aufgekauften Eier aus Ostpreußen bezw. dem Ausland eingelagert werden. Die Magistrate der beteiligten Städte haben beschlossen, der Eierverteilungsstelle einen Vorschuß von 1,5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, von dem auf Berlin unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl 75,7 v. H., auf Charlottenburg 12,65 v. H., auf Schöneberg 6,61 v. H. und auf Wilmersdorf 5,04 v. H. entfallen. Ein Ausfall wird nicht entstehen, da die der Eierverteilungsstelle bei der Einlieferung der Sendungen entstehenden Kosten durch die im Winter erfolgende Abgabe der Eier an die Kleinhändler und Verbraucher, von denen in erster Linie die Krankenanstalten und Kranken der beteiligten Gemeinden berücksichtigt werden sollen, gedeckt werden.

spha.

Hilfstätigkeit.

Kriegssammlung der Eisenbahn.

rn. Wie mehrfach erwähnt, haben die Beamten und Arbeiter der deutschen Eisenbahnen bald nach Ausbruch des Krieges eine Sammlung veranstaltet, deren Erträgnisse der allgemeinen Kriegswohlfahrt bestimmt sind. Bereits namhafte Summen sind aus der Kriegssammlung der Eisenbahn anläßlich der Weihnachtsfeste usw. den im Felde stehenden Armeen zugeführt worden, die zur Ausschmückung von Liebesgaben nicht nur für die Eisenbahntruppen, sondern vor allem auch anderen Formationen zugeführt wurden. Ebenso sind für die Fürsorge für Kriegsbeschädigte erhebliche Summen aus der Sammlung bereitgestellt worden. Die Sammlung, die bereits im März 4 Millionen Mark erreichte, hat jetzt einen weiteren schönen Erfolg zu verzeichnen. Nach den letzten Ergänzungen der Sammellisten ist die nächste halbe Million bereits überschritten, das Ergebnis beträgt 4572715 ℳ.

Kriegsbeschädigte ohne Rente.

Die ohne Rente entlassenen Kriegsbeschädigten, deren Zahl sich stets vergrößert und die sich in den meisten Fällen einer wirtschaftlichen Notlage gegenüber sehen, steht das Recht zu, wenn sie sich durch diese Entscheidung benachteiligt fühlen, innerhalb von 3 Monaten nach Zustellung der Entscheidung Einspruch dagegen zu erheben.

Die wichtige Folge dieses Einspruchs ist, daß der Entlassene, bis eine neue Entscheidung ergeht, als Kriegsbeschädigter zu behandeln ist und er somit nach den Gesetzen vom 30. September 1915 und 21. Januar 1916 zum Empfang der Familienunterstützung durch Weiterzahlung bis zur Dauer von 3 Monaten nach der Entlassung weiß berechtigt ist. Ferner kann er auch jederzeit, wie im „Reichs- und Staatsanzeiger" ausgeführt wird, die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge im Anspruch nehmen. Demjenigen Kriegsbeschädigten, denn die Erhebung des Einspruchs von vornherein einen Erfolg nicht verspricht, der also auf ein Bescheiten dieses Rechtsweges Verzicht leistet, ist, falls es ihm nicht gelingt, durch sofortige Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen, im § 25 der Mannschaftsversorgungsgesetze ein Mittel gegeben, seine augenblickliche wirtschaftliche Notlage für die erste Zeit zu bessern. Nach dieser Bestimmung steht Unteroffizieren und Mannschaften vorübergehend, um ihnen den Uebergang in die bürgerlichen Berhältnisse zu erleichtern, im Falle dringender Bedürftigkeit eine Rente bis zu 50 v. H. der Höchstrente ihres Dienstgrades zu. Zähstell beträgt das Höchstmaß dieser „bedingten Rente" für Feldwebel 450 ℳ, für Sergeanten 360 ℳ, für Unteroffiziere 300 ℳ und für Gemeine 270 ℳ. Sie kann erstmalig nur bis zum Ablauf von 2 Jahren nach der Entlassung bewilligt werden und wird in der Praxis regelmäßig für ein Jahr bewilligt. In jeder Weiterbewilligung muß eine erneute Prüfung der Bedürftigkeit vorgenommen werden. Diese Zubilligung der Rente wird von der Militärverwaltung weitherzigst geübt.

Amtliche Nachrichten.

Aus dem „Reichs- und Staatsanzeiger".

Seine Majestät der Kaiser und König haben allergnädigst geruht:

den Königlich württembergischen Geheimen Rat Friedrich von Payer zum Stellvertreter des Reichskanzlers unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz zu ernennen.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Dekan Dr. Philipp Lenz in Gaildorf, Oberamtskreis, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,

dem bisherigen Senatspräsidenten beim Kammergericht, jetzigen Landgerichtspräsidenten Hamdohr in Dortmund den Roten Adlerorden vierter Klasse mit der Königlichen Krone,

den Pastoren Henschel in Großgielen, Landkreis Hildesheim, Sieger in Rackschütz, Kreis Neumarkt, und Waack in Cunow, Kreis Cammin, dem Bureauvorsteher beim Königlichen Kunstgewerbemuseum in Berlin, Rechnungsrat Nicolai, dem Eisenbahnoberschreiber a. D., Rechnungsrat Lange in Cassel und dem Forstsekretärendanten, Rechnungsrat Quappell in Osterode a. H. den Roten Adlerorden vierter Klasse,

dem Generalkommissionssekretär, Rechnungsrat Schmiing in Münster i. W. den Königlichen Kronenorden dritter Klasse,

dem Bahnhofsvorsteher a. D. Wagner in Hörter, dem Kantor und Lehrer a. D. Angerstein in Neuhaldensleben und dem Hofmeister a. D. Sauerwald in Hannover den Königlichen Kronenorden vierter Klasse,

dem Lehrer a. D. Blasek in Breslau den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.

15. Brandenburgische Provinzialsynode.

In der gestrigen Sitzung brachte Präses Graf von Arnim-Boitzenburg den aus dem Zivilkabinett eingegangenen Dank des Kaisers auf das Huldigungstelegramm der Synode zur Verlesung: „Der Kaiser dankt herzlich für die freundliche Begrüßung und das erneute Treugelöbnis. Seine Majestät geleiten die Arbeiten der Provinzialsynode mit den warmsten Segenswünschen. Geh. Kabinettsrat von Valentini."

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Syn. Prof. Dr. Evers das Wort zu folgenden Ausführungen: Die unvergleichlichen Heldentaten unserer Truppen zu Lande, zu Wasser, unter dem Wasser und in der Luft, Heldentaten, wie sie wohl in der Weltgeschichte noch nicht gesehen sind, haben es mir zur Pflicht und Freude und unserer Arbeit zu widmen. Unaussprechlichen Dank sind wir unseren Helden dafür schuldig, nicht nur wir, sondern das gesamte Vaterland. Wir alle wollen den festen Willen haben, durchzuhalten und ihren siegreichen Fahnen zu vertrauen. Wir in der Synode haben die Ehrenpflicht, dem einen weithin schallenden Ausdruck zu geben, indem wir folgendes Telegramm an Se. Exzellenz Generalfeldmarschall von Hindenburg absenden:

„Voll Bewunderung und Dank blickt die 15. ordentliche Brandenburgische Provinzialsynode auf die ruhmreichen Heldentaten unserer unter Euer Exzellenz genialer Leitung an allen Fronten siegreich kämpfenden Truppen. Möge Gottes Segen auch fernerhin auf dem Wirken Euer Exzellenz und auf Heer und Marine ruhen. In der festen Zuversicht, daß mit Gottes Hilfe die deutschen Waffen den endlichen Sieg und damit auch den für die gesamte Zukunft unseres Vaterlandes nötigen Frieden erringen werden, gelobt die Provinzialsynode, soweit in ihren Kräften steht, in den evangelischen Gemeinden ihres Bezirks den Willen zum Ausharren und zum deutschen Siege mit Wort und Tat zu heben und zu stärken."

Die Synode beschloß einstimmig die Absendung dieses Telegramms.

Auf der Tagesordnung standen u. a. zwei von der liberalen Gruppe gestellte Anträge und zwar: Antrag des Syn. Predig. Riedlich, betreffend Bildung einer Provinzialsynode Berlin und Antrag des Syn. Hallensleben, betreffend Durchsicht und Neugestaltung der kirchlichen Einrichtung und Verfassung. Hierzu bemerkte Präsident Steinhausen: Es war beabsichtigt, die 15. Brandenburgische Provinzialsynode in der üblichen Ausdehnung abzuhalten; höheren Orts aber und in Uebereinstimmung mit sämtlichen übrigen Provinzialsynoden ist die Bestimmung getroffen, daß die 15. Provinzialsynode nur eine Geschäftssynode bleiben soll. Man kann kaum sagen, daß die vorliegenden Anträge noch in dem Rahmen einer Geschäftssynode möglich sind. Es hatte in viel Verlockendes, die interessanten Anträge auch hier zur Verhandlung zu bringen; wenn sie aber nur einigermaßen erschöpfend behandelt werden sollen, würden sie doch einen breiteren Raum in Anspruch nehmen müssen. Dazu kommt, daß der Evangelische Oberkirchenrat eröffnet hat, daß eine außerordentliche Provinzialsynode noch vor der nächsten Generalsynode einberufen werden dürfte. Deshalb empfiehlt sich der Antrag, diese beiden Anträge von der Tagesordnung abzusetzen.

Es erhob sich hierüber eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Syn. Dr. Krämer (lib.) erklärte namens der Antragsteller, das Einverständnis mit der Absetzung des Antrages. Syn. Riedlich beantragte aber, den Antrag Hallensleben nicht abzusetzen. Den hierauf bezüglichen Ausführungen des Syn. Krämer traten die Syn. Erdmannsdorff-Charlottenburg (lib.) und Hallensleben (lib.) durchaus bei, während die Syn. Prof. Dr. Evers (pos.), D. Scholz (Ev. Vereinig.) und Dr. Berner mit Rücksicht auf die knappe zur Verfügung stehende Zeit die Absetzung beider Anträge für zweckmäßig erachteten. Die Synode entschied sich für Absetzung beider Anträge.

Auf Antrag des Syn. Prof. Dr. Evers wurde sodann beschlossen: für die diesmalige Tagung unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung die Tagegelder auf 15 ℳ festzusetzen unter der Voraussetzung, daß hierdurch eine Erhöhung der Umlagen nicht hervorgerufen wird.

Nach Erledigung mehrere Anträge auf Erlaß eines Gemeindestatuts für verschiedene Parochien und Kirchengemeinden folgte ein Antrag der Kreissynode Gramzow, betreffend die Vertretung der Geistlichen in Kranktheitsfällen. Der Berichterstatter Syn. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Berner begründete folgenden Antrag: „Synode ersucht beim Evangelischen Oberkirchenrat und die Generalsynode, eine kirchengesetzliche Regelung dahin herbeizuführen, daß die Geistlichen der Landeskirche, wenn und soweit sie — namentlich in Krankheitsfällen — an der Ausübung ihrer Amtverrichtungen verhindert sind, von der Zahlung von Vertretungskosten grundsätzlich befreit sind." An der längeren Erörterung über diesen Antrag nach der rechtlichen, technischen und finanziellen Seite beteiligten sich die Syn. Pf. Mitthausen (Goblitz), Prof. Cleve (Schwedt a. O.), Landrat von Tschirschky (Belzig), Sup. Müller (Guben) und Präsident von Chamier. Der Antrag wurde von den Antrag Dr. Berner einstimmig an, ebenso einen Zusatzantrag des Syn. Cleve, wonach die Finanzkommission ersucht werden soll, zu erwägen, ob die zur Verfügung stehenden Geldmittel es ermöglichen, für das Etatsjahr 1918/20 einen Betrag für Vertretungskosten in den Etat einzustellen.

Es folgten längere Berichte der Syn. D. Reinke und D. Dr. Richter über die Berichte von Gesellschaften und Vereinen für innere und äußere Mission, woran sich der Dank und die Anerkennung der Synode für die Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der christlichen Liebestätigkeit schloß. Dieser Dank fand in entsprechenden Entschließungen Ausdruck. Nächste Sitzung: Dienstag.

Aus Berlin.

* Die **Deputation für den Arbeitsnachweis** hielt heute in ihrer neuen verstärkten Zusammensetzung die erste Sitzung ab. Sie beriet unter anderem über das Verhältnis zum Märkischen Verbande, die Lehrlingsvermittlung und die Frage der kaufmännischen Arbeitsvermittlung. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheiten in einer besonderen Kommission weiter zu verfolgen.

* Das Verzeichnis über die **Neuerwerbungen der Stadtbibliothek** während der Monate Juli bis September ist erschienen und in der Büchrausgabestelle und im Lesesaal der Stadtbibliothek sowie in allen städtischen Lesehallen und Volksbibliotheken zur Ausgabe gelangt. Es enthält 251 Nummern.

* Die **städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge** erteilt in ihren 23 Bezirksstellen und in der Hauptgeschäftsstelle, Potsdamerstraße 111, allen Hinterbliebenen der im gegenwärtigen Kriege Gefallenen unentgeltlich Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten. Die Hinterbliebenen finden insbesondere wirksame Hilfe bei Verfolgung ihrer Ansprüche auf die gesetzlichen Renten und Zuwendungen und erhalten Auskunft in allen Fragen der Berufs- und Rechtsberatung. Den Hinterbliebenen kann deshalb nur dringend geraten werden, sich ausschließlich und unmittelbar an die Bezirksstellen zu wenden und die Inanspruchnahme anderer Stellen, insbesondere das Aufsuchen von Winkelkonsulenten zu vermeiden, da ihnen hierdurch unnötige Kosten entstehen. Jeder Hinterbliebene wende sich an die Bezirksstelle, in deren Bereich der Stadtteil liegt, in dem er wohnt. Zu welchem Bezirksamt und in welcher Bezirksstelle er gehört, erfährt er bei seinem Polizeirevier, bei jeder Steuerkasse und bei jedem größeren Postamt.

* **Kriegsversammlung der Betriebskrankenkassen.** Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, der nahezu 3400 Krankenkassen umfaßt, hat heute hier im Savoyhotel unter dem Vorsitz des Direktors bei der Firma Krupp, Justizrats Wandel, Essen, eine Versammlung veranstaltet, in der vorgenommen zu den Kriegsfragen der Krankenversicherung Stellung genommen worden ist. Die Betriebskrankenkassen werden insbesondere aufgefordert, den Fragen der Krankheitsverhütung und der allgemeinen Gesundheitsfürsorge größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im einzelnen soll dies geschehen bei den Lungenkranken, der Tuberkulosebekämpfung, der Fürsorge für die Mutter, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, den Kriegsbeschädigungen und -krankheiten und bei der Krankenernährung.

* Das **Edenhotel** am Zoologischen Garten, Kurfürstendamm 246/47, ist, wie verlautet, vom Reichsfiskus angekauft worden. Es soll dem Reichswirtschaftsamt als Heim dienen. Das Hotel ist 1912 eröffnet worden.

* **Für 30 000 Mark Wert- und Schmuecksachen** stahlen Einbrecher in der Nacht zum Montag bei den Juwelieren, Hoflieferanten Gebrüdern Ellinghausen, am Grunewald Weg 42. Sie säuten ein eisernes Schutzgitter vor einem Kellerfenster durch, verschafften sich so Eingang in den Keller und drangen dann durch die Decke weiter vor, bis in den Ladenschloß liegenden Geschäftsräume. Hier versuchten sie sich zunächst am Geldspind, das die wertvollsten Juwelen barg. Der gute Schrank widerstand aber allen ihren Bemühungen. Jetzt räumten die Einbrecher die Auslagen aus und rafften an sich, was sie an Uhren, Ketten, Ringen und anderen Schmucksachen, zum Teil mit Brillanten und Edelsteinen, vorfanden. Der Einbruch wurde gestern morgen entdeckt. Auf die Ermittlung der Täter und die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes setzen die Bestohlenen eine hohe Belohnung aus. Mitteilungen über die Täter und den Verbleib der Beute nimmt Kriminalkommissar von Uebermann im Polizeipräsidium entgegen.

* **Ein Totschlag** beschäftigt die Kriminalpolizei. Ein 25 Jahre alter Musiker Paul Zielinski aus Neukölln traf am Freitag nachmittag in einer Schankwirtschaft am Alexanderplatz drei Männer, die er nicht kannte, schloß sich ihnen an und machte mit ihnen eine Bierreise, die abends in der Schankwirtschaft von Markgraf in der Schillingstraße 11 endete. Hier geriet Zielinski mit seinen drei Zechgenossen in Streit. Das Ende war, daß einer der drei einen Schuß auf ihn abgab und ihn am Halse so schwer verletzte, daß er gleich nach dem Krankenhause Am Friedrichshain gebracht werden mußte. Dort ist der Verwundete gestern gestorben, und die Kriminalpolizei forscht jetzt nach dem unbekannten Täter. Dieser ist etwa 1,80 m groß, hat einen kleinen Schnurrbart und trug einen dunklen Anzug und wahrscheinlich einen Ulster. Seine beiden Begleiter, die für die Tat nicht verantwortlich sind, sind etwa 1 Meter, gegen 1,75 m groß. Mitteilungen, die zur Ermittlung des Revolverhelden führen, nimmt das Bezirksamt Berlin-Mitte entgegen.

* **Theater, Musik, Vorträge.** Wegen zahlreicher Erkrankungen im Personal des Königlichen Opernhauses hat die heutige Vorstellung „Rappelkopf" wieder abgesetzt werden müssen. Die nächste Wiederholung findet am kommenden Sonntag, den 18. d. M., statt. Aus dem gleichen Grunde können auch „Violanta" und „Der Ring des Polykrates" erst wieder am Dienstag, den 20. d. M., in Szene gehen. Statt „Rappelkopf" wird heute „Carmen" gegeben. Die im Vorverkauf bereits verkauften Eintrittskarten für die 247. Abonnementsvorstellung haben Gültigkeit für die am angesetzte Vorstellung „Carmen". Sie werden auch, jedoch nur bis zum Beginn der Vorstellung, an der Opernkasse zum Kassenpreise zuzüglich des amtlichen Aufgeldes zurückgenommen. Eine spätere Zurücknahme ist ausgeschlossen.

Christlicher Verein Junger Männer, Wilhelmstraße 34. 14./11., 7 Uhr Bibelstunde für Bäckermeister. — 8½ Uhr der Jugendabteilung. — 15./11. 8 Uhr Bäcker, 8½ Uhr Orchesterübung. — Jugendkompagnie. — Bibelstunde für Kaufleute, Techniker und Metallhandwerker. — 18./11., vorm. 10 Uhr, Restaurant „Hofjäger", Königgrätzerstr. 121. Versammlung derer, welche Angehörige in englischer Kriegsgefangenschaft haben.

Gerichtshalle.

th. **Als das größte Schwindelprodukt,** das je unterfucht wurde, bezeichnete der Nahrungsmittelchemiker Dr. Stüber vom städtischen Medizinalamt das Fabrikat, das unter der Bezeichnung „Solo statt Oel als Salatzusatz" von dem Kaufmann Abraham Davidsohn in den Handel gebracht wurde und ihm gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsinstanz eine ungeahnt verschärfte Strafe eintrug. Der Angeklagte, ein gebürtiger Perser, der früher auf großen Gütern beschäftigt war, hatte sich, als er nach Kriegsausbruch nach Berlin gekommen war und etwas Neues unternehmen mußte, auf die Herstellung des oben genannten Salatzusatzmittels gelegt, das in Halbliterflaschen zu 1 ℳ das Stück zum Verkauf gelangte, und auf den Aufdrucken, jedoch in ganz kleinem Druck, als öl- und fettfreies Pflanzenpräparat angepriesen wurde. Es sollte außer als Salatzusatz u. a. vorzüglich zum Backen geeignet, haltbar sein und konservieren. Die Fabrikeinrichtungen bestanden im wesentlichen aus einer Wasserleitung und einem Kessel, der wegen des Umsatzes rasch immer größer wurde, da das Publikum in der Meinung, es erhielte einen richtigen Oelersatz, stark das Mittel begehrte. Statt des Oelsatzes erhielt es aber eigentlich nichts weiter als Wasser, das nur durch Algenschleim gedickt und gelb verfärbt war und zu 99,41 % den Bestandteil von „Solo" bildete. Der Fabrikant Davidsohn erhielt darauf eine Anklage wegen irreführender Bezeichnung und Preisnuckerei, da der Preis nach dem Gutachten des Sachverständigen höchstens 30 Pfg. für den Liter betragen dürfte, wenn man überhaupt von einem Wert sprechen könnte. Da das Schöffengericht auf die geringe Geldstrafe von 370 ℳ insgesamt erkannte, legte der Staatsanwalt Berufung ein, jetzt nun 5000 ℳ Geldstrafe und 3 Monate Gefängnis beantragend. Die Berufung wurde nach den Worten des Vorsitzenden dankbar begrüßt, da so Gelegenheit geboten worden sei, einen unerhörten Schwindel zu ahnden, mit dem ein Mann scheinbar Wucher getrieben und als Ausländer die deutsche Gastfreundschaft schwer verletzt habe. Davidsohn wurde deshalb zu 8000 ℳ Geldstrafe und 4 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

th. Die **Abgabe von Brot ohne Marken** hatte für die Frau Helene Schneider außer einer Anklage wegen Preiswucher auch noch, was bemerkenswert ist und zur Warnung dienen möge, eine solche wegen Hehlerei zur Folge gehabt. Frau Schneider hatte in verschiedenen Fällen an Frauen Brot ohne Marken zu dem bedeutend erhöhten Preise von 1 ℳ, 1,50 ℳ, 2 und sogar 2,50 ℳ das Stück abgegeben, wucherische Preise, die sie in einem Falle damit begründet haben sollte, daß sie auch die Brotkarten teuer bezahlen müsse. Im Hinblick hierauf hatte das Schöffengericht angenommen, daß die Beschuldigte unmöglich die ohne Marken verkauften Brote auf ehrliche, d. h. nach der für ihren Handel vorgeschriebenen Weise erlangt haben könnte, da sie selbst nur soviel Brot bekäme, wie sie Marken ablieferte, also die fehlenden Marken wahrscheinlich durch gelaufte Brotkarten ersetzt hätte. Es erkannte deshalb wegen Hehlerei zur Preiswucher auf 2 Monate Gefängnis und 1500 ℳ Geldstrafe. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III glückte Rechtsanwalt Dr. Schwindt der Nachweis, daß die ohne Marken abgegebenen Brote auch von den sogenannten „Erfahrbrot", die bei fehlendem Gewicht nachzuliefern würden, herrühren könnten. Das Gericht hielt daher die Hehlerei für Fortfall kommen und sprach die Angeklagte deswegen frei. Im übrigen blieb es aber bei den 1500 ℳ Geldstrafe.

Handel und Industrie.

* **Berliner Börse.** Die Nationalbank für Deutschland beantragt die Zulassung von 6 Millionen neuen Aktien der Grube Leopold bei Eckerig A.-G., die Deutsche Bank und die Firma Karl Kahn beantragen die Zulassung von 4½ Millionen neuen Aktien der Charlottenbahne.

* **Braunkohlen und Brikettindustrie A.-G.** In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Stelle der nächsten Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 8 auf 14 Millionen Mark vorzuschlagen. Die neuen Mittel sind erforderlich zum Erwerbe der Gewerkschaft Friedenbrot und zur Erhöhung der Betriebsmittel.

* **Büsing, Dahl u. Co., A.-G., Barmen.** Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1916/17 mit einem Reingewinn von 556 993 ℳ (837 223 ℳ) ab. Hieraus soll wieder eine Dividende von 15 % und 100 000 ℳ zur Umwälzung auf die Friedenswirtschaft zurückgestellt werden. Wie in den Vorjahren war das Unternehmen im abgelaufenen Jahr fast ausschließlich für mittelbaren und unmittelbaren Heeresbedarf beschäftigt. Das neue Geschäftsjahr sei bisher befriedigend verlaufen.

Letzte Meldungen.

Kopenhagen, 12. November. Meldung des Ritzauschen Bureaus. Die Mitglieder der hiesigen **russischen Gesandtschaft** haben gestern einstimmig beschlossen, die **maximalistische Behörde** in Petersburg **nicht anzuerkennen.**

Bern, 12. November. Clemenceau empfing in seiner Wohnung in Rom eine Anzahl Freunde und politische Persönlichkeiten. Die **Wiedereröffnung der Kammer** ist auf den 12. November angesetzt.

4. Ziehung der 5. Klasse der 10. Preußisch-Südd. (236. Kgl. Preuß.) Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr. (Vom 12. November.) Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

(Nachmittagsziehung.)

Es fielen 4 Gewinne zu **15 000** ℳ auf Nrn. 77 561, 192 307; — 8 Gewinne zu **5000** ℳ auf Nrn. 109 800, 133 491, 171 930, 209 606; — 88 Gewinne zu **3000** ℳ auf Nrn. 1675, 2065, 3965, 3566, 4943, 7046, 8415, 16 741, 18 669, 18 895, 51 301, 52 154, 53 020, 59 566, 59 723, 102 246, 103 658, 108 121, 110 289, 110 336, 125 567, 125 601, 138 508, 151 150, 155 399, 159 537, 163 824, 171 766, 176 042, 177 920, 178 177, 179 970, 189 672, 192 241, 194 690, 206 388, 211 466, 212 771, 214 100, 217 110, 225 226, 231 992, 232 151, 233 911, — 154 Gewinne zu **1000** ℳ auf Nrn. 2405, 3788, 9999, 3967, 10 152, 15 092, 27 350, 30 435, 33 568, 36 064, 36 622, 39 438, 43 498, 44 984, 45 187, 46 430, 46 328, 49 192, 50 537, 53 517, 54 903, 66 668, 71 996, 73 145, 73 519, 75 227, 82 956, 85 668, 88 858, 90 390, 94 697, 96 749, 96 854, 105 393, 111 887, 115 739, 116 466, 118 420, 119 422, 123 135, 123 605, 126 269, 127 816, 128 676, 131 641, 133 684, 138 759, 139 039, 141 289, 143 454, 143 457, 145 554, 145 912, 153 455, 154 870, 156 769, 163 102, 164 465, 165 597, 166 107, 172 978, 176 733, 179 164, 181 294, 184 573, 186 337, 190 976, 194 733, 195 268, 198 669, 203 841, 205 993, 209 637, 209 823, 215 868, 217 706, 220 618, 223 066, 226 909, 227 460, 229 401, 233 809; — 176 Gewinne zu **500** ℳ auf Nrn. 79, 1036, 1958, 2754, 8722, 13 393, 16 893, 19 672, 25 141, 30 751, 32077, 32 209, 33 719, 34 366, 35 867, 40 294, 43 915, 49 476, 49 974, 51 601, 55 574, 61 573, 62 627, 65 722, 65 998, 66 686, 67 530, 68 490, 72 607, 73 465, 74 179, 75 784, 79 924, 80 645, 85 118, 92 801, 101 185, 102 111, 104 589, 106 067, 106 255, 106 349, 110 943, 115 404, 116 252, 117 325, 124 724, 125 197, 126 877, 131 405, 134 620, 135 617, 139 512, 142 621, 142 630, 145 147, 145 152, 148 709, 150 206, 152 636, 160 920, 168 763, 170 043, 171 510, 173 318, 173 326, 175 452, 176 053, 181 472, 183 416, 185 488, 186 312, 194 042, 196 022, 198 891, 203 008, 203 478, 205 964, 211 529, 212 219, 217 265, 218 745, 218 930, 225 441, 226 454, 227 114, 227 753, 228 421.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300 000, 2 Gewinne zu 500 000, 2 zu 200 000, 2 zu 100 000, 2 zu 50 000, 6 zu 40 000, 22 zu 30 000, 24 zu 15 000, 196 zu 5000, 2624 zu 3000, 5312 zu 1000, 7640 zu 500 ℳ.

Feldpostabonnements!

Wer seinen Angehörigen im Felde regelmäßig Zeitungsnachrichten aus der Heimat zukommen lassen will, kann dies am besten durch Aufgabe eines Feldpostabonnements auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bewirken. Beginnend mit jedem beliebigen Tage k